



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

40 Jahre Landkreis Passau:

Innovation und Tradition

Ausstellungseröffnung im Haus der bayerischen Landkreise in München

40 Jahre Gebietsreform in Bayern: Was ist aus den damals neu geschaffenen Landkreisen geworden? Beispielhaft zeigt dies der Landkreis Passau noch bis zum 30. September mit seiner Ausstellung im Haus der bayerischen Landkreise.

Eröffnet wurde die Präsentation unter dem Motto „Innovation und Tradition“ durch Innenminister Joachim Herrmann und Landrat Franz Meyer. Dr. Jakob Kreidl, Präsident des Bayerischen Landkreistages, konnte hierzu zahlreiche Kreisräte und Bürgermeister aus dem Landkreis begrüßen. Mit dabei waren auch die Gemeinde und die Brauerei Aldersbach, die in München für die Landesausstellung 2016 „Bier in Bayern“ die Werbetrommel rührten.

Aufbruchstimmung und Ideenreichtum

Nachdem sich die Ausstellung besonders an das Münchner Publikum richtet, ist es Landrat Meyer besonders wichtig, die „Aufbruchstimmung und den Ideenreichtum unserer Heimat zu zeigen“. Es gehe darum, die Botschaft zu vermitteln, dass die Menschen im Landkreis Passau heute in einer Region leben, die 40 Jahre nach der Gebietsreform

zu einer Einheit zusammengewachsen sei.

„Wir sind stolz darauf, dass aus vier Landkreisen - Griesbach, Vilshofen, Wegscheid und Passau - mit zum Teil erheblichen strukturellen Unterschieden eine ‚gemeinsame Marke‘ entstanden ist“, erläuterte Meyer. Heute profitiere der Landkreis von seiner Vielfalt. Schon oft habe er sich als Vorreiter erwiesen - ob mit dem ersten Kulturreferat eines Landkreises, dem ersten Energieberater, einer flächendeckenden Kreismusikschule, den ersten Koordinierungsstellen für Breitbandversorgung und für Windkraft, einer eigenen Stabsstelle für Klimaschutz oder als Mitglied im Projekt E-Wald.

„40 Jahre nach der Gebietsreform lässt sich feststellen, dass alle kommunalen Gebietskörperschaften in fairer Partnerschaft versuchen, die gegenwärtigen und absehbaren künftigen Probleme der Bürger im örtlichen



Bei der Eröffnung (v. l.): Altlandrat Hanns Dorfner, Landrat Franz Meyer, Innenminister Joachim Herrmann und Landkreistagspräsident Dr. Jakob Kreidl.

Bereich zu schultern“, stellte Landkreistagspräsident Kreidl fest.

Eingliederungshilfe

Als die zwei größten Schwierigkeiten der Landkreise bezeichnete Kreidl „die Eingliederungshilfe“ und „die Anrechnung von Einkommen und Vermögen bei Hartz IV“. Die Entwicklung der Sozialleistungen sei bedrohlich, so der Präsident. Allein die Ausgaben für die Eingliederungshilfe in Bayern seien in den letzten zehn Jahren von 1,2 Mrd. Euro auf 2,1 Mrd. Euro um 64,2 Prozent angestiegen. Innerhalb der Sozialhilfeausgaben beanspruchten sie einen Anteil von 60 Prozent.

„Das Leistungsrecht der Eingliederungshilfe für Menschen

mit Behinderung erkennt das Nachrangprinzip der Sozialhilfe nicht mehr“, fuhr Kreidl fort. Daher müsse der Bund sich seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung in einem Bundesteilhabegesetz stellen, das die Finanzlast zu je einem Drittel auf Bund, Länder und Kommunen verteilt. In diesem Punkt vertraue man auf die Unterstützung durch die Bayerische Staatsregierung.

Anteilige Anrechnung

Mit Blick auf Hartz IV meinte Kreidl: „Das zu berücksichtigende Einkommen und Vermögen mindert zuerst die Geldleistungen der Agentur für Arbeit, darüber hinaus erst dann die Geldleistung“ (Fortsetzung auf Seite 4)

Versorgungs- und Entsorgungswirtschaft:

Fachtagung für Führungskräfte

42. Seminar des Bayerischen Gemeindetags in Bad Wiessee

Fünf Tage lang standen in Bad Wiessee wie in jedem Jahr Fachleute aus Ministerien, Ämtern und der privaten Wirtschaft zu aktuellen technischen, rechtlichen und organisatorischen Fragen der Versorgungs- und Entsorgungswirtschaft Rede und Antwort. Die von der Service GmbH des Bayerischen Gemeindetags für Kommunen (ipse) veranstaltete Fachtagung für Führungskräfte wurde traditionell von Direktor Dr. Heinrich Wiethe-Körprich geleitet.

Auf der Tagesordnung standen unter anderem die neue Trinkwasserverordnung, aktuelle Rechtsfragen des nationalen und des europäischen Vergaberechts sowie des Wasserrechts, insbesondere auch des geänderten Bayerischen Wassergesetzes, Fragen des Eigenbetriebsrechts, der Umsatzsteuererhebung bei gemeindlichen Betätigungen und des Kartellrechts, Gebührenkalkulationen, Förderprogramme und Infrastrukturmaßnahmen sowie Empfehlungen aus der Praxis der Rechnungsprüfung.

Mit dem Thema „Öffentliches

Beschaffungswesen“ befasste sich in seinem Vortrag Prof. Dr. Michael Essig von der Universität der Bundeswehr München. Seinen Angaben zufolge gibt es in der EU über 500.000 öffentliche Vergabestellen mit einem Beschaffungsvolumen von ca. 2.400 Mrd. Euro. Deutschland verfügt dagegen über 30.000 öffentliche Vergabestellen mit einem Beschaffungsvolumen von ca. 478 Mrd. Euro.

Vergabeverfahren

Die Vergabe öffentlicher Aufträge hierzulande ist jährlich mit prozessualen Kosten in Höhe von 19 Mrd. Euro verbunden. Davon entfallen 8,8 Mrd. Euro, d. h. 46% (Fortsetzung auf Seite 4)

Stadt.Geschichte.Zukunft

Bayerische Städte veranstalten Festival zur kulturellen Bildung

Künstler und Wissenschaftler, Schüler und Lehrer, Politiker und Architekten beschäftigten sich in 37 bayerischen Städten mit den Fragen: „Wie wurde die Stadt zu dem, was sie ist?“ und „Wie wollen wir in Zukunft leben?“ Bayernweit richten sie nun vom 13. Mai bis 31. Juli bei einem Festival zur kulturellen Bildung den Blick auf die jüngere Stadtgeschichte. Konzipiert und koordiniert wurde der Veranstaltungsreihe von Stadtkultur Netzwerk Bayerischer Städte e.V. in Zusammenarbeit mit den beteiligten Städten, Schulen und weiteren Partnern.

Kulturämter und Museen, Stadtarchive und Kulturvereine widmen sich in den kommenden Monaten im Rahmen von Ausstellungen, Hörpfaden, Internetprojekten, Stadtführungen, Texten und Bildern, Schreib- und Kunstwettbewerben, Theater und Performances, Stadtmodellen und Filmen den Themenfeldern Plätze und Geschichten, Wege, Netze, Streckenpläne und Stadt- raum/Lebensraum. In Aschaffenburg beispielsweise stehen die jährlich stattfindenden Kulturtage unter dem Thema von Stadt.Geschichte.Zukunft, auch Mainburg stellt seine kulturellen Veranstaltungen unter das Motto Stadtgeschichten.

den und fragt: Wie kann unsere Stadt in Zukunft lebendig bleiben?

Zeitreisen

Beim Stadtrundgang „Stadt.Museum – die Stadt als Museum“ in Pfaffenhofen a.d. Ilm geben bekannte Persönlichkeiten und Heimatforscher ihre Sichtweise auf ihren Lebensraum wider. Wemding unternimmt an zwei Themenabenden Zeitreisen in den Alltag der 1960er Jahre, schweigt in Erinnerungen in Sachen Musik, Mode und Kulinarischem, um schließlich in Zukunftswerkshops künstlerische Visionen für Wemding 2050 zu schaffen.

Das Themenfeld Stadt- und Lebensraum ist die Basis für viele Veranstaltungen: In Eichstätt wird eigens ein literarischer Lebensraum geschaffen – mit LiteraPur12, dem Lesefestival junger (Fortsetzung auf Seite 4)

Alltagsgeschichte

In Bobingen stehen die Bewohner mit ihrer Lebensgeschichte im Mittelpunkt, so das „Leben und Arbeiten der Italiener“, das in den ortsansässigen italienischen Restaurants thematisiert wird. In Friedberg regt eine Medienkünstlerin mit ihren multimedialen Arbeiten zur Entwicklung ihrer Stadt zum Schmunzeln und zum Nachdenken an. Die Sonderausstellung im Stadtmuseum Neuburg a.d. Donau „Hier lebe ich – hier arbeite ich“ lässt die Alltagsgeschichte lebendig wer-



An der Felswand fürs Leben lernen

Weg vom Computer, ran an den Fels – bei den Kletterkursen der Alpinschule Allgäu u. a. im Schweizer Rheintal und Rätikon lernen Kinder nicht nur, wie man am Besten steile Felswände hochkommt. Ganz spielerisch erfahren die kleinen Alpinisten auch, was es heißt, Verantwortung für den Anderen zu übernehmen.

Vormerken!
28. Juni
2012

Power für Bayerns Kommunen:

GZ lädt zum Energie-Forum

„Knowledge is power“, sagte Sir Francis Bacon. Wissen ist Energie. Seit mehr als 60 Jahren vertrauen die kommunalen Entscheider in Bayern auf die Informationen unserer kommunalpolitischen Fachzeitung. Am 28. Juni ist es wieder soweit: Die Bayerische GemeindeZeitung lädt zum großen Info-Tag für Kommunen. Im Garchinger Bürgerhaus treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie-Branche. Mehr Infos unter www.gemeindezeitung.de.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Digitalfunk: Zusagen einhalten	2
Breitbandstrategie: Auf der Überholspur	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Mia san mia - Nachgefragt beim Wähler	3
Krisenkommunikation für Bürgermeister und Kommunen	3
Kabinettt: Leitlinien für Bildung und Erziehung	4
GZ-Fachthemen: Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV	5-6
Sicherheitstechnik · Brandschutz	7
Abfall · Recycling	8-9
Aus den bayerischen Kommunen	9-12

Nahverkehr nicht außer Acht lassen

Landtag mahnt Bund und Bahn

Der seit Jahren schwelende und immer hitziger werdende Streit um die Finanzierung der 2. Tunnel-Stammstrecke für die Münchner S-Bahn hat im Landtag noch zu keiner Einigung geführt. Doch es kam zu einer Willensbekundung von Fraktionen und Staatsregierung, neben dem Raum München auch Nahverkehrsprojekte in anderen Landesteilen nicht außer acht zu lassen. Konkret ging es um die Franken-Sachsen-Magistrale auf der Strecke Nürnberg - Dresden; es geht um deren Bezahlung. Einstimmig war die Auffassung, Bund und Land nicht aus der Mitverantwortung zu entlassen.

Stundenlang hatte man im Plenum in einer von den Grünen beantragten Aktuellen Stunde um „das Debakel“ bei der S-Bahn-Röhre quer durch die Münchner Innenstadt gestritten. Alle setzen auf direkte Gespräche mit Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU), Oberbürgermeister Christian Ude (SPD), Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) und Bahnchef Rüdiger Grube an der Spitze. Es geht um die Gesamtkosten von über 2 Milliarden Euro in den nächsten Jahren. Grube hatte signalisiert, nicht mehr als 133 Millionen frei machen zu können. Ramsauer hatte erklärt, keine zusätzlichen Mittel zu haben. 350 Millionen wollte ihm der Freistaat leihen.

Den gleichen Betrag sollten München und die Umlandgemeinden beisteuern. Ob das vorgeschossene Geld verloren geht, oder ob nur die im einstelligen Millionenbereich zu berechnenden Zinsen für das „Darlehen“ zu zahlen sein werden, blieb offen.

S-Bahn-Diskussion

Grüne, SPD und Freie Wähler warfen CSU und FDP vor, für das S-Bahndebakel allein verantwortlich zu sein. Darüber hinaus sei die Staatsregierung schuld, dass auch bei vielen anderen Verkehrsprojekten in Bayern Stillstand herrsche. Die Fraktionschefs Mar-

kus Rinderspacher (SPD) und Martin Runge (Grüne) befanden, trotz gesetzlicher Verpflichtung des Landes gehe in München und anderswo in der Verkehrspolitik nichts voran, was die Koalition puschal nicht gelten ließ.

Dringlichkeitsanträge

Nach der ergebnislosen Aktuellen Stunde ging es dann um Dringlichkeitsanträge von Freien Wählern und (nachgezogen) CSU/FDP zum Projekt Sachsen-Franken-Magistrale. Im FW-Antrag wird die Staatsregierung aufgefordert, nicht nur diese Magistrale weiter gegenüber Bund und Bahn zu vertreten, sondern sich allgemein „für eine deutliche Aufstockung des unterfinanzierten Bundesverkehrsshaushaltes einzusetzen“. Als wichtige Projekte werden beispielsweise die Elektrifizierung der Strecken Nürnberg - Hof und Regensburg - Hof genannt. Annette Karl (SPD) pflichtete bei, es könne nicht sein, über den Ausbau im Raum Mün-

chen zu diskutieren. Vor allem für Franken und ganz Nordbayern müsse mehr getan werden. Thomas Mütze (Grüne) kritisierte, dass aus dem Gespräch von Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) mit seinem tschechischen Amtskollegen über den Ausbau der grenzüberschreitenden, europäischen Strecken nichts Konkretes herausgekommen sei.

Zeil unterstrich den Willen der Staatsregierung, das von Einschränkungen bedrohte Fahrplanangebot auf der Franken-Sachsen-Magistrale zu erhalten. Der Hofer CSU-Abgeordnete Alexander König pflichtete dem bei. Die Entwicklung des Fernverkehrs auf der Magistrale sei „ein Trauerspiel erster Klasse“. Zeil versicherte, Bayern werde einen Rückzug der Bahn nicht akzeptieren. Die Gespräche in Prag seien positiv im Sinne des Verkehrs verlaufen. In dem von den Fraktionschefs Georg Schmid (CSU) und Georg Hacker (FDP) federführend unterschriebenen, nachgezogenen Antrag wird die Staatsregierung aufgefordert, insbesondere den Erhalt des Franken Sachsen Expresses zu betreiben und sich bei der Deutschen Bahn AG nachdrücklich dafür einzusetzen, dass die Bahn ihrer Verantwortung in der Fläche nachkomme. Beide Anträge wurden vom Landtag einstimmig angenommen. **rm**

Bayerischer Gemeindegtag:

Zusagen einhalten

Das Verhalten der Bayerischen Staatsregierung bei der Finanzierung der Umrüstung der Feuerwehren auf das neue digitale Funksystem ist ein zunehmendes Ärgernis für Bayerns Städte und Gemeinden. Wie Gemeindegtagpräsident Dr. Uwe Brandl erläuterte, „bestehen wir auf der Einhaltung des im Herbst 2009 erzielten Kompromisses“.

Damals vereinbarten die kommunalen Spitzenverbände mit der Bayerischen Staatsregierung ein Finanzierungsmodell, das vorsieht, dass die Kommunen jährlich drei Millionen an Betriebsausgaben tragen, mietkostenfrei eigene Liegenschaften für Antennen-Standorte zur Verfügung stellen und im Gegenzug eine 80-prozentige Förderung für die Beschaffung der digitalen Funkgeräte erhalten. Dies müsse weiter gelten. „Die Förderquote neuerdings an utopische Sammelausschreibungen der Kommunen zu knüpfen, ist laut Brandl „unfair und inakzeptabel“.

Alarmierungsstellen

Brandl äußerte sich unzufrieden darüber, dass immer noch kein Förderprogramm vorliegt und lehnt neue Kostenforderungen des Freistaats hinsichtlich der Alarmierungsstellen ab. Der Staatsregierung sei von Anfang an klar gewesen, dass das Projekt Digitalfunk für Polizei, Rettungsdienste und Feuerwehren eine kostenintensive Angelegenheit ist. Die Kostenaufteilung dürfe nicht ständig in Frage gestellt werden.

In den Rathäusern herrsche Verunsicherung. Gemeinden und Städte aber benötigten Planungssicherheit. Brandl: „Wenn sich der Freistaat nicht mehr an seine eigenen Zusagen hält, steigen wir aus dem gemeinsamen Projekt aus. Wir wollen als Partner fair behandelt werden, nicht als Bittsteller.“

Betreuungspersonal

Ein weiterer Kritikpunkt ist Brandl zufolge die Absenkung des Mindestanstellungsschlüssels für Bayerns Kindergärten und -krippen sowie die Einführung eines staatlichen Zu-

schusses zur Senkung der Elterngebühren, die das novellierte Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz vorsieht. „Die von der Staatsregierung veranschlagten Mehrkosten für zusätzliches Betreuungspersonal von 33 Millionen Euro pro Jahr sind viel zu niedrig angesetzt. Von einer massiven finanziellen Entlastung der Kommunen, wie es der Gesetzentwurf behauptet, kann keine Rede sein. Seit Inkrafttreten des BayKiBiG haben sich die kommunalen Aufwendungen auf mehr als eine Milliarde Euro im Jahr nahezu verdoppelt. Durch die vorgesehenen neuen Maßnahmen erkennen wir kein Einsparpotenzial, ganz im Gegenteil“, betonte der Gemeindegtagpräsident.

Erhebliche Mehrkosten

Er forderte die Bayerische Staatsregierung auf, angesichts der erheblichen finanziellen Mehrkosten und der fehlenden Fachkräfte entweder die hierfür notwendigen Rahmenbedingungen deutlich zu verbessern oder aber gegenüber dem Bund auf eine Verschiebung des gesetzlichen Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz ab dem vollendeten ersten Lebensjahr zum 1. August 2013 zu drängen.

„Der Gesetzgeber darf zu Lasten der Kommunen keine Regelungen schaffen, die schlichtweg nicht zu erfüllen sind. Es ist sozialpolitisch sicher wünschenswert, wenn mehr Betreuungspersonal für die Kinder eingesetzt wird. Angesichts des jetzt schon bestehenden Fachkräftemangels wird sich durch eine Absenkung des Anstellungsschlüssels einerseits und durch den kommenden Rechtsanspruch auf Betreuungsplätze andererseits die Situation drastisch verschärfen. Bund und Freistaat müssen jetzt reagieren“, forderte Brandl.

Wert auf Qualität

Familienministerin Christine Haderthauer reagierte indes verwundert auf die Äußerungen des Bayerischen Gemeindegtages. „Weil junge Eltern zu Recht auf die Qualität in der Kinderbetreuung großen Wert legen, sorgen wir für kleinere Gruppen. Ab dem nächsten Kindergartenjahr gilt der auf 1:11,0 abgesenkte Mindestanstellungsschlüssel. Erstmals übernehmen wir dabei auch den kommunalen Anteil dieser Verbesserung. Bayern trägt damit einen deutlich höheren Anteil der Grundkosten als der bundesdeutsche Schnitt. Gleichzeitig regeln wir den Einstieg in das kostenfreie dritte Kindergartenjahr, indem wir ab September 2012 die Eltern um 50 Euro monatlich entlasten. Den Kommunen entstehen auch hierdurch keine Belastungen. Entsprechende Behauptungen der Kommunen entbehren jeglicher Grundlage. Ganz im Gegenteil: Die Kommunen sparen sich sogar die entsprechende Kostenübernahme für Elternbeiträge von sozial schwachen Familien. Hierbei handelt es sich überschlägig um einen Betrag von rund 5 Millionen Euro.“

„Geringere Kosten für Eltern und Kommunen, kleinere Gruppen für die Kinder - Familien sind im Freistaat die Gewinner auf der ganzen Linie! Damit haben wir einmal mehr kraftvoll unterstrichen: Bayern ist das Familienland Nr. 1!“, stellte Haderthauer fest. **DK**

Bayerische Breitbandstrategie:

Richtung Überholspur

Bereits im März hatte Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil vorgeschlagen, den Breitbandausbau im Freistaat mit 100 Millionen Euro zu fördern. Nun hat das Kabinett den Vorschlag genehmigt. Bis zu 500.000 Euro können bayerische Gemeinden nun als Zuschuss vom Freistaat erhalten, sobald die EU-Kommission grünes Licht gibt.

Ziel des neuen Förderprogramms ist der Ausbau von Breitbandnetzen der nächsten Generation mit Übertragungsbreiten von mindestens 50 Mbit/s in Gewerbegebieten und Kumulationsgebieten mit mindestens fünf Unternehmen. Die Erschließung von Privathaushalten und kommunalen Einrichtungen (wie etwa Schulen und Behörden) ist in diesem Zusammenhang als erwünschter Nebeneffekt auch unterhalb der genannten Mindestübertragungsraten ebenfalls förderfähig. Der Fördersatz für Räume mit besonderem Handlungsbedarf beträgt 80 Prozent. Die Fördersätze für die übrigen Regionen Bayerns betragen 40, 50 oder 60 Prozent, je nach der Finanzkraft der Gemeinden. Zuwendungsfähig sind

Gemeinden und Gemeindeverbände. Programmlaufzeit ist bis 31. Dezember 2017.

Die Staatsregierung unterstreiche mit dieser Entscheidung klar ihren Anspruch, den Wirtschaftsstandort Bayern an der Spitze des Fortschritts zu halten und mit den besten und schnellsten Internetverbindungen auszustatten, erläuterten Ministerpräsident Horst Seehofer und Wirtschaftsminister Martin Zeil: „Mit einem Förderkonzept für hohe Übertragungsgeschwindigkeiten legen wir den Grundstein für künftiges Wirtschaftswachstum und sichern Bayerns Vorsprung auf dem Weg ins digitale Zeitalter, das durch hohe und ultrahohe Bandbreiten geprägt sein wird. Mit dieser Hochgeschwindigkeitsförderung starten wir eines der herausragen-

den Infrastrukturprojekte im Freistaat Bayern.“

Seehofer und Zeil machten deutlich, dass vor allem auch der ländliche Raum von der Förderung profitieren wird: „Im ländlichen Raum wollen wir Arbeitsplätze zu den Leuten bringen. Das Internet spielt dabei eine zentrale Rolle. Durch eine Differenzierung der Fördersätze nach der Finanzkraft der Kommunen werden gerade auch die Gemeinden von der Förderung profitieren können, die sich eine Breitbanderschließung sonst nicht leisten könnten. Um den Prozess auch von der Finanzierungsseite her zu beschleunigen, wollen wir den Breitbandausbau über das Förderprogramm hinaus durch zinsgünstige Darlehen der LfA Förderbank Bayern flankieren.“

Kraftvolle Ausstattung

Beide Politiker sind sich einig, dass die Breitbandstrategie auch in den kommenden Jahren kraftvoll mit Haushaltsmitteln ausgestattet werden muss: „Die Regierungsfaktionen haben im Nachtragshaushalt 2012 für das laufende Jahr 100 Millionen Euro für die neue Förderung vorgesehen. Wir sind uns einig, dass auch im Doppelhaushalt 2013/2014 und in den Folgejahren eine kraftvolle Ausstattung notwendig ist. Kein Land in Deutschland investiert mehr Fördergeld in den Breitbandausbau als Bayern. Mit dem Förderprogramm sollen in allen Teilen Bayerns Hochgeschwindigkeitsversorgungen entstehen. Angesichts der Kosten einer Glasfaservollversorgung Bayerns von bis zu 20 Milliarden Euro muss uns allerdings auch klar sein, dass eine flächendeckende Versorgung aller Haushalte mit der Zielbandbreite nicht darstellbar ist. Hier können wir mit unserem freiwilligen Förderprogramm nicht den kompletten Ausbau des schnellen Internets auffangen, für den grundgesetzlich der Bund zuständig ist.“

„Auf der bayerischen Datenautobahn gibt es beim Breitbandausbau endlich einen erfreulichen Spurwechsel“, so die Stellungnahme des Präsidenten des Bayerischen Gemeindegtages, Dr. Uwe Brandl, zur Entscheidung des Ministerrats. Der

Wahlaltersgrenzen:

SPD-Popularklage beim Verfassungsgerichtshof

Die SPD-Landtagsfraktion hat Ende April die angekündigte Popularklage gegen Altersgrenzen bei kommunalen Wahlbeamten beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof eingereicht. Gestützt auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes seien Altersgrenzen nur noch in Ausnahmefällen, keinesfalls jedoch bei Wahlbeamten zulässig, wird argumentiert.

Gelassenheit beim Innenminister

Im Landtag hatte Peter Paul Gantzer diese Klage unmittelbar vor der Verabschiedung des in vielen Punkten geänderten Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes Mitte Februar angekündigt. Die Wahlaltersgrenze wird allgemein auf 18 Jahre herabgesetzt. Für Hauptamtliche (Ober)Bürgermeister, Landräte und Bezirktagspräsidenten steigt sie ab 2020 von 65 auf 67 Lebensjahre. Innenminister Joachim Herrmann (CSU) bestätigte zwar, dass man hier „in der Tat unterschiedlicher Meinung“ sein könne, nahm die Klageankündigung indessen mit Gelassenheit zur Kenntnis. Fakt sei, dass es ein Wahlhöchstalter seit vielen Jahren gebe. Lediglich Nordrhein-Westfalen habe es aufgehoben.

Entscheidung im nächsten Jahr

Landtagsvizepräsident Jörg Rohde (FDP) verschwiegen nicht, dass seine Fraktion die Altersgrenze gerne gestrichen hätte. In namentlicher Abstimmung sagte seine Fraktion jedoch einhellig mit der CSU-Mehrheit Ja zu der auch von Gemeinde- und Städtetag kritisierten Neuregelung. Neun CSU-Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Die Opposition lehnte das Gesetz ab.

Das am 1. März dieses Jahres mit Blick auf die Kommunalwahl 2014 in Kraft getretene Gesetz enthält verschiedene Neuregelungen, deretwegen es noch heuer wirksam werden musste. Der Jurist Gantzer hat die Popularklage mit anwaltschaftlicher Hilfe federführend formuliert. Es geht um Altersgrenzen schlechthin. Er rechnet mit einer Entscheidung nächstes Frühjahr. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Pelzer
83629 Weyarn
am 19.5.

Landrat
Hansjörg Christmann
85221 Dachau
am 20.5.

Bürgermeister
Andreas Schlund
96114 Hirschaid
am 27.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Dengler
91790 Raitenbuch
am 21.5.

Bürgermeister
Ludwig Klement
93499 Zandt
am 23.5.

Bürgermeister Josef Mend
97346 Iphofen
am 24.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Horst Engler
63814 Mainaschaff
am 16.5.

Oberbürgermeister
Gerold Noerenberg
89231 Neu-Ulm
am 19.5.

Bürgermeister Roland Helfrich
87488 Betzigau
am 21.5.

Bürgermeister Peter Wolf
63811 Stockstadt
am 21.5.

Bürgermeister Josef Hillerbrand
84089 Aiglsbach
am 22.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Luksch
94518 Spiegelau
am 17.5.

Bürgermeister Dr. Michael Kölbl
83512 Wasserburg a. Inn
am 19.5.

Bürgermeister Uwe Klüpfel
97274 Leinach
am 27.5.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Joachim Eisenkolb
89275 Elchingen
am 28.5.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Krisenkommunikation für Bürgermeister und Kommunen

Von Dr. Andreas Bachmeier, Geschäftsführer der wbp Agentur, München

Am Vortag des 2. Januar 2006 war es für Wolfgang Heitmeier, den damaligen Oberbürgermeister von Bad Reichenhall, sicher kaum denkbar, dass sich das geballte Interesse der deutschen Medienöffentlichkeit auf seine Stadt richtet. Als am Tag darauf das Dach der Eislauhalle unter der Schneelast einstürzte, war es vorbei mit der Ruhe im beschaulichen Kurort. Wochenlang bestimmte das Unglück die Schlagzeilen. Krisenkommunikation war gefragt.

Die Schuldfrage in Bad Reichenhall beschäftigte Medien und Justiz noch auf Jahre. Auch die obligatorische Frage, wie sich das Unglück hätte verhindern lassen, ließ nicht lange auf sich warten. Obwohl die Staatsanwaltschaft gegen Heitmeier nicht ermittelte, war er bald als der „wahre“ Schuldige ausgemacht.

Breite Öffentlichkeit

Zwar beteuerte er, die Stadt arbeite der Justiz und den Gutachtern zu; jedoch waren Amt und Person zu diesem Zeitpunkt durch landesweite Kritik bereits zu stark beschädigt. In solchen Krisensituationen kann kein Bürgermeister damit rechnen, sich lediglich den kritischen Fragen von Bürgern und Medienvertretern seines Verwaltungsbereiches stellen zu müssen. Das Gesetz der kongruenten Öffentlichkeiten, wonach lokale und regionale Themen auch nur ein entsprechend begrenztes Publikum finden, gilt hier nicht mehr. Selbst kleine Kommunen stehen in Krisensituationen vor der Herausforderung, einer breiten und professionellen Medienöffentlichkeit auf Augenhöhe begegnen zu müssen.

Andere Rahmenbedingungen

Das Unglück von Bad Reichenhall illustriert eindrucksvoll, wie Krisensituationen die gültigen Regeln kommunaler Öffentlichkeitsarbeit außer Kraft setzen. Die Rahmenbedingungen, unter denen die Interaktion mit Öffentlichkeit und Medien stattfindet, sind völlig andere als zuvor. So liegt die Initiative über das Vorgehen und die weitere Information über das Geschehen nicht mehr nur in Händen von Bürgermeister oder Verwaltung.

Künftig bestimmen Berichterstattung und Recherchen der Medien ebenso wie Ermittlungsergebnisse der Staatsanwaltschaft den Inhalt, den Takt und das Timing von Themen. Quasi über Nacht richtet sich die bundesweite mediale Aufmerksamkeit und das Interesse von Bürgern auf Orte und Personen, die den meisten zuvor, wenn überhaupt, nur vom Hörensagen bekannt waren.

Glaubwürdigkeit

Diesen veränderten Bedingungen muss Krisenkommunikation Rechnung tragen, soll sie tatsächlich Wirkung entfalten. Oberste Priorität muss es von Beginn an sein, die Glaubwürdigkeit der Verantwortlichen zu erhalten. Nur durch eine transparente, zügige und lückenlose Kommunikation kann es gelingen, Vorwürfe glaubhaft auszuräumen. Die noch immer weit verbreitete Taktik, in solchen Situationen Informationen nur scheinbar preiszugeben, mag kurzfristige Atempausen verschaffen. Medien und Öffentlichkeit werden darin auf Dauer aber sicher keinen Beitrag zur Klärung von Vorwürfen sehen, was Beispiele aus der Politik der jüngeren Vergangenheit belegen.

Social Media

In diesem Zusammenhang gewinnt auch das Thema Social

wenn sich bestimmte Meldungen oder Ereignisse schon im Voraus ankündigen.

Verantwortungsstrukturen

Auf das „was“ einer Krise, auf einen konkreten Vorfall oder eine Situation, kann man sich schwerlich vorbereiten. Krisensituationen zeichnen sich ja gerade dadurch aus, dass deren Eintreffen oder zumindest die dazu führenden Umstände unerwartet auftreten.

Wofür man sich jedoch wappnen kann, ist „dass“ etwas geschieht. Grundlage einer solchen Vorbereitung ist die Schaffung verwaltungsinterner Verantwortungsstrukturen für ein koordiniertes und einheitliches Auftreten. Dazu gehört es aber auch, Entscheidungsträger für den Umgang mit dem medialen Rampenlicht und für die Bewältigung ungewohnter Situationen intensiv zu schulen. Das gilt umso mehr, je stärker sich kongruente Öffentlichkeiten auflösen und eine Krise Kreise zu ziehen beginnt, die weit über die eigenen Ortsgrenzen hinausgehen.

Media für die Krisenkommunikation zunehmend an Bedeutung. Spekulationen und Gerüchte von



Dr. Andreas Bachmeier.

Bürgern oder „Whistleblowern“ aus den eigenen Reihen grassieren anonym und unabhängig von deren Wahrheitsgehalt im Internet. Proaktives Handeln durch die Vorwegnahme von Informationen ist gefragt, besonders dann,

Bayerische Denkmalschutzmedaille 2012:

Bürgerschaftliches Engagement im besten Sinne

Drei Kommunen unter den Preisträgern

21 Persönlichkeiten und Institutionen wurden in München von Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch mit der Denkmalschutzmedaille geehrt. Mit dieser Auszeichnung werden private Denkmaleigentümer, gemeinnützige Initiativen, ehrenamtliche Helfer sowie Vereine und Stiftungen gewürdigt, die sich mit außergewöhnlichen Leistungen um die Denkmalpflege verdient gemacht haben.

Zu den diesjährigen Trägern der Bayerischen Denkmalschutzmedaille zählen auch drei Kommunen: Die Gemeinde Apfeldorf und Katholische Kirchenstiftung Heilig Geist, vertreten durch 1. Bürgermeister Georg Epple und Pfarrer Michael Vogg, die Stadt Wallenfels, vertreten durch den 1. Bürgermeister Peter Hänel sowie der Markt Willanzheim, vertreten durch 1. Bürgermeisterin Ingrid Reifenscheid-Eckert.

Über 250 Jahre hatte der Apfeldorfer Pfarrhof Seelsorgern als Amtssitz gedient – seit Sommer 2003 jedoch stand das Gebäude leer. Der Pfarrhof, ein Walmdachbau mit einem eindrucksvollen gerundeten Vorbau, war stark renovierungsbedürftig. Erst im Sommer 2008, als das Gebäude bereits verkauft werden sollte, gelang es, ein überzeugendes Nutzungskonzept zu entwickeln und den Pfarrhof damit für die Gemeinde zu erhalten.

Moderne Nutzung

Die Bischöfliche Finanzkammer und die Gemeinde Apfeldorf wagten sich gemeinsam an die Renovierung des spätbarocken Pfarrhofs. Historische Bodenbeläge, Fenster und Türen wurden repariert, moderne Anstriche abgenommen. Die kunsthistorischen Kostbarkeiten des Pfarrhofs – Stuck und Malereien sowie vier Türbilder aus der Bauzeit – wurden sorgfältig restauriert. In beispielhafter Weise gelang es, den Charakter des Gebäudes zu erhalten und dieses zugleich für eine moderne Nutzung zu öffnen.

Die Gemeinde Apfeldorf und die Kirchenverwaltung nutzen den Pfarrhof heute gemeinsam. Mit der Instandsetzung dieses

kostbaren Denkmals ist für die Bürger Apfeldorfs eine Begegnungsstätte entstanden. Das Ensemble von Kirche und Pfarrhof in der Mitte der Ortschaft ist langfristig gesichert und mit neuem Leben erfüllt.

Großzügige Freiflächen

Die Verbandsschule in Wallenfels wiederum wurde in den Jahren 1968 bis 1971 errichtet. Mit seinem „reizvollen, stark plastischen Entwurf“, so die Laudatio, hatte er einen Architektenwettbewerb gewonnen. Die Gesamtanlage, bestehend aus einer Grund- und einer Hauptschule, einer Turn- und einer Schwimmhalle, gruppiert sich, aufgeteilt in verschiedene Flügel, um großzügige Freiflächen. Die um die Ecken herumgezogenen Fensterbänder,

Tag der Regionen 2012

Das Aktionsbündnis „Tag der Regionen“ ruft zur Beteiligung am bundesweiten Aktionstag auf. Veranstaltungen, die regionale Produkte, regionales Engagement oder regionale Besonderheiten in den Mittelpunkt stellen, können zum Aktionszeitraum vom 21. September bis 7. Oktober 2012 angemeldet werden. Kerntag ist traditionell der Erntedanktag, in diesem Jahr der 30. September.

Mit dem Motto „Zukunft durch Nähe – wirtschaftlich, ökologisch, sozial“ möchte das Aktionsbündnis „Tag der Regionen“ den Zusammenhang zwischen einer funktionierenden Nahversorgung im ländlichen Raum und der Lebensqualität einer Region betonen: Der kurze Weg zum Laden um die Ecke, zum Arzt in der Nachbarschaft, zur Schule in vertretbarer Busentfernung oder zum Theaterabend ein paar Orte weiter, Nahversorgung hat viele Facetten.

Der Tag der Regionen schafft jährlich eine deutschlandweite Plattform, auf der sich Vereine, Initiativen, Verbände, Betriebe, Handwerker, Landwirte und viele andere vernetzen können. Die vielen Tausend Veranstalter vor Ort präsentieren Nahversorgungskonzepte, organisieren Betriebsführungen, Regional- und Umweltmärkte, Landkreistage und vieles mehr.

Anmeldungen der Veranstaltungen sind ab sofort im Internet unter www.tag-der-regionen.de möglich.

GZ

Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bayern im Dirndl und in der Lederhose kennt man in der ganzen Welt. „Mia san mia“, sagt auch der FC Bayern München, und trägt die bayerische Lederhose sogar als Dienstkleidung. Aber wie sieht der Wähler das bayerische Lebensgefühl? Ist das im Zeitalter der Mobilität, Fluktuation und Globalisierung überhaupt noch wichtig?

Die TSN Emnid Medien- und Sozialforschung GmbH gehört zur TNS-Group (Taylor Nelson Sofres, London) und ist eine der führenden Marktforschungs- und Beratungs-Gesellschaften weltweit. Diese Gesellschaft hat in einer repräsentativen Umfrage un-



30-Jährigen 48 Prozent. Die CSU erreicht mit ihrer Politik also auch die junge Wählerschaft.

Die Studie hat außerdem gezeigt, dass der bayerische Bürger der CSU die größte Kompetenz zuspricht in den Fragen:

- ▶ die Wirtschaft voranzubringen,
- ▶ für die Sicherheit der Bürger zu sorgen
- ▶ und den Zusammenhalt in Bayern zu stärken.

Die Wähler vertrauen der Regierungspartei auch in Finanzfragen: 51 Prozent sind der Meinung, dass die CSU am Besten dafür qualifiziert ist, die Staatsfinanzen in Ordnung zu halten. Auch in den wichtigen Politikfeldern Zukunftschancen, gute Bildungsangebote für unsere Kinder und soziale Gerechtigkeit wird der CSU die mit Abstand höchste Kompetenz zugesprochen.

Horst Seehofer setzt sich entschieden dafür ein, dem Bürger mehr Mitspracherechte zu geben und fordert deshalb die Verankerung von Volksentscheiden im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Dass sich laut Umfrage 86 Prozent der Bayern mehr politische Partizipation wünschen, bestärkt ihn in seinem Anliegen. Die Emnid-Umfrage zeigt zudem ganz klar, dass den Menschen im Freistaat das bayerische Lebensgefühl und die Identifikation mit ihrem Land sehr viel bedeuten – egal ob sie in Altbayern, Franken oder Schwaben zu Hause sind.

Die Kommunalpolitiker stellen den direkten Draht zur Politik her. Nutzen wir unsere Chance, für die Menschen deren Heimat lebens- und liebenswert zu gestalten! **Ihr Stefan Rößle**

Mia san mia - Nachgefragt beim Wähler

ter den Wahlberechtigten in Bayern genau diese Fragen untersucht und der CSU dabei hervorragende Umfragewerte besichert: 58 Prozent der Wähler meinen, dass die CSU das bayerische Lebensgefühl am stärksten trifft. Und sogar 60 Prozent der Wähler finden ihre Interessen bei der CSU am Besten aufgehoben. Der SPD vertrauen nur acht Prozent der Befragten.

Wäre am kommenden Sonntag Landtagswahl, würde die CSU laut Emnid stabile 46 Prozent der Stimmen erzielen, bei den unter



Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch bei der Übergabe der Bayerischen Denkmalschutzmedaille an die Erste Bürgermeisterin des Marktes Willanzheim, Ingrid Reifenscheid-Eckert.

die versetzt angeordneten Geschosse und die dreieckigen, auf das Dach aufgesetzten Belichtungselemente sorgen nicht nur für eine gute Belichtung der Räume, sie geben der Anlage auch das Aussehen einer großen, laudablen Skulptur.

Städtebauförderung

Auf Anregung des Wallenfeler Bürgermeisters Peter Hänel trug das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege die Verbandsschule 2009 in die Bayerische Denkmalliste ein. Es hatte zuvor bereits Pläne gegeben, die Schule abzubauen und durch einen kleineren, im Unterhalt weniger aufwändigen Neubau zu ersetzen. Im Zusammenwirken mit der Städtebauförderung gelang es Peter Hänel jedoch, den Abbruch zu verhindern und ein Sanierungskonzept zu entwickeln.

Von der Sichtbetonfassade über das begrünte Flachdach bis hin zur ursprünglichen Ausstattung wurde die Schule umfassend renoviert. Der große Erfolg der In-

standsetzung besteht darin, dass der Erhalt der charakteristischen Merkmale des Denkmals und die Anforderungen an die energetische Ertüchtigung hervorragend in Einklang stehen.

Die Kirchenburg in Markt Hermsheim, einem Gemeindeteil des Marktes Willanzheim (Landkreis Kitzingen) besteht aus 19 Gaden und 13 Kellern. Ihre Geschichte reicht bis ins 13. Jahrhundert zurück. Kirchenburgen dienten in früherer Zeit dem Schutz der Anwohner und zugleich als Speichergebäude, z. B. für Lebensmittel.

Die Instandsetzung der 32 Bauten der Herrnsheimer Kirchenburg war insbesondere der komplizierten Besitzverhältnisse wegen nicht einfach: Es mussten nicht nur 14 Eigentümer einbezogen werden, drei der kleinen Häuser und Keller sind zudem zur Hälfte herrenlos. Der Markt Willanzheim übernahm die Trägerschaft für die Sanierung der Kirchenburg von der Planung über die Finanzierung bis hin zur Abrechnung.

Gemeinschaftsleistung

Die Instandsetzung der herrenlosen Gebäudeteile unterstützte der Markt durch Zuschüsse. Die vorbildliche Gemeinschaftsleistung aller Beteiligten ermöglichte die erfolgreiche Instandsetzung der Kirchenburg Hermsheim. Mit der Kirchenburg ist die historische Mitte des Dorfes mit der Kirche und dem Rathaus bedeutend aufgewertet worden.

Kunstmaler Wolfgang Heu-

bisch würdigte das bürgerschaftliche Engagement der Ausgezeichneten: „Die diesjährigen Preisträgerinnen und Preisträger haben sich leidenschaftlich und mit voller Kraft für die Denkmalpflege eingesetzt. Die restaurierten Denkmäler sind wunderbar anzusehen und vermitteln Lebensqualität und Heimatgefühl. Sie lassen uns einen wichtigen Teil unserer kulturellen Identität mit allen Sinnen erfahren.“

Private Initiative

Private und ehrenamtliche Initiativen seien, so Heubisch, ein unverzichtbarer Bestandteil, um die reiche bayerische Denkmallandschaft für die kommenden Generationen zu sichern: „Wir können diese große Herausforderung nur meistern, wenn es Menschen gibt, die begeistert in und mit Denkmälern leben oder die sich als kenntnisreiche Fürsprecher in den Medien für die Belange des Denkmalschutzes einsetzen. Dabei ist ein fruchtbares Zusammenspiel von privater und staatlicher Seite von entscheidender Bedeutung. Damit sind wir alle aufgefordert, uns für die Bau- und Denkmalpflege einzusetzen – in ihrer ganzen Vielfalt und in allen Regionen des Landes.“

Prof. Egon Johannes Greipl, Generalkonservator des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, betonte: „Mit dem Beitrag, den die Preisträger der Denkmalschutzmedaille leisten, erhalten sie für uns alle ein wichtiges Stück Heimat, ein wichtiges Stück Geschichte.“ **DK**

Kabinetts:

Leitlinien für Bildung und Erziehung

„Kinder profitieren von besserer Abstimmung in Kita und Grundschule!“

Bayerns Familienministerin Christine Haderthauer hat gemeinsam mit Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle dem Ministerrat die „Bayerischen Leitlinien für die Bildung und Erziehung von Kindern bis zum Ende der Grundschulzeit“ vorgestellt.

„Unsere Kinder profitieren umso mehr von der Bildung in Kita und Grundschule, je besser die Bildungsinhalte aufeinander abgestimmt sind. Deshalb setzen wir mit unseren neuen Leitlinien als eines der ersten Bundesländer auf einen ganzheitlichen Ansatz von der Geburt bis zum Ende der Grundschulzeit. Dabei verbessern wir nicht nur die Zusammenarbeit zwischen Krippe, Kindergarten und Schule, sondern auch die Zusammenarbeit mit den Familien, die der wirksamste und damit wichtigste Bildungsort sind. Denn Bildung gelingt nur dann nachhaltig, wenn die außerfamiliären Bildungseinrichtungen mit der Erziehungs- und Bildungsarbeit in der Familie effektiv aufbauen,“ so Ministerin Haderthauer.

Enge Zusammenarbeit

„Es war uns ein zentrales Anliegen, unser gemeinsames Verständnis von Bildung im Elementar- und Primarbereich zu formulieren als Grundlage für eine effektive Förderung der Kinder, in der Bildungseinrichtungen und Familien eng zusammenarbeiten“, so Kultusminister Spaenle. „Die Leitlinien stellen für uns einen Baustein in unserem Bemühen dar, die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Einrich-

tungen, die sich der Förderung von Kindern und Jugendlichen widmen, nachhaltig zu organisieren und die Übergänge für die Kinder und ihre Eltern damit fließender zu gestalten“, so der Minister. Ein solche Situation stellt für ihn zum Beispiel der Wechsel eines Kindes vom Kindergarten in die Grundschule dar.

Werteorientierung

Die Leitlinien formulieren unter anderem den eigenverantwortlichen, beziehungs- und gemeinschaftsfähigen, wertorientierten, weltoffenen und schöpferischen Mensch als oberstes Bildungs- und Erziehungsziel. Darüber hinaus betonen sie die Bedeutung von Familie als wichtigstem Bildungsort. Bildung – ob in der Kindertageseinrichtung oder in der Schule – kann daher nur aufbauend auf die Prägung in der Familie erreicht werden.

An der Erstellung der Leitlinien waren neben dem Bayerischen Familienministerium und dem Bayerischen Kultusministerium auch das Staatsinstitut für Frühpädagogik, das Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung und eine 65-köpfige Expertenkommission beteiligt. „Es hat sich gezeigt, wie reibungslos sich die Koope-

ration zwischen den beiden Ministerien sowie den am Bildungsprozess der Kinder beteiligten Einrichtungen gestaltet hat“, so Ministerin Haderthauer und Minister Spaenle.

Weiterentwicklung

Die Leitlinien sollen nun dem Landtag übersandt und über Rundschreiben, Newsletter und das Internet allgemein bekannt gemacht werden. Sie gelten für die pädagogische Arbeit in allen außerfamiliären Bildungsorten, die Verantwortung für die Kinder bis zum Ende der Grundschulzeit

Stadt.Geschichte...

(Fortsetzung von Seite 1) engagierter Autoren. In Erlangen wird die stadtplanerische Perspektive in den Fokus gestellt: Das Stadtarchiv durchsuchte sein Depot, um mit „Heiß gekocht und nicht gegessen“ viel diskutierte, aber nicht realisierte Stadtplanungsentwürfe aus vier Jahrhunderten vorzustellen. In die Zukunft blicken Studenten des Master-Studiengangs Architektur der Simon-Ohm-Hochschule und präsentieren der Öffentlichkeit mit fiktiven Bautafeln im Stadtraum ihr Bild von der Architektur Erlangens im Jahr 2050.

Diskussionsforum

Die Münchner urbanauten, die sich mit Debatten, Konzepten und Projekten dem öffentlichen Raum in München widmen, laden ein zum Diskussionsforum: „Isarlust - Die Wiederentdeckung des innerstädtischen Isarraums“. In Nürnberg findet das zweite Landesgeschichtsforum des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus statt, das unter dem Titel „Zeitmaschine“ an zwei Tagen das vielgestaltige Geschichtsprofil Nürnbergs präsentiert und öffentlich diskutiert.

Nicht nur Ausstellungsraum, sondern zugleich Ausstellungsobjekt ist der Stadtraum in Neuötting: Mit „guerilla knitting“ nähern sich die Bewohnerinnen und Bewohner, Schülerinnen und Schüler einer Kunstform an, die vor allem in Großstädten Einzug hält, und verändern zusammen mit der Künstlerin Andrea Unterstraßer strickend ihren Stadtraum. Auch in Marktheidenfeld heißt es: „Der Maikai-Garten im neuen Gewand. Stricken im öffentlichen Raum“.

Onlineprojekte und Audioguides

Darüber hinaus werden eigenständige Online-Projekte wie in Augsburg (www.1a-linie.de), in Neuburg a.d. Donau (www.1a-lage.neuburg-donau.de) und in Pfaffenhofen a.d. Ilm (www.stadtgeschichte-pfaffenhofen.de), Dokumentationen zum Konradviertel, Ingolstadt (<http://stadtgeschichtezukunft.tumblr.com>) und Audioguides, unter anderem von Schülerinnen und Schülern mit Unterstützung der Stiftung Zuhören und dem BR ins rechte Licht gerückt. In diesen Projekten wird die virtuelle mit der realen Welt verbunden. Sie brauchen das tatsächliche historische Geschehen und den erlebten Stadtraum, um zu funktionieren. In Würzburg bewegt man sich tatsächlich im realen und digitalen Raum zugleich, wenn man ausgerüstet mit dem Smartphone bei der QR-Code-Rallye „Würzburg.Anders“ erlebt.

50 Schulen sind mit Veranstaltungen und Projekten beteiligt. Unterstützt von Künstlern, Wissenschaftlern, Autoren und Medienfachleuten setzen sich Schülerinnen und Schüler mit der Geschichte und der Zukunft ihrer Stadt auseinander und zeigen ihre Ergebnisse in Ausstellungen, Stadtführungen und Kunstaktio-

nen im öffentlichen Raum und im Netz. In Erlangen beschäftigen sich die Schüler in mehreren Projekten mit der Gestaltung und dem Wandel öffentlicher Räume: Dort wird zum Beispiel der vernachlässigte Kühlteich im Park der längst geschlossenen Baum-

wollspinnerei ERBA beim Weiherfest mit Geschichtswerkstatt und visionären künstlerischen Arbeiten wiederbelebt und der lärmgeplagte Stadtteil Bruck mit einem Kunstwanderweg, der die Visionen der Jugendlichen für ihren Lebensraum widerspiegelt, in den Fokus gerückt.

Schülerinnen und Schüler in Ingolstadt nehmen unterstützt vom Bildenden Künstler Thomas Neumaier ihr gesamtes Viertel, das Konradviertel, in den Blick, suchen nach Lieblingsplätzen und nach Orten, die ihnen nicht gefallen und schaffen sich eigene Lebensräume, wie einen Urwald mit Baumhäusern mitten in der Stadt.

Gegenwartsarchäologen

Die Kinder in Weiden gehen mit aufmerksamem Blicken durch ihre Stadt, um in der Ausstellung „Weiden 20.50“ ihren ausgewählten Ort in Weiden in der Sicht von früher, heute und morgen darzustellen und um als Art Archäologen der Gegenwart

zwischen Dönerbude und Stadtbäcker auf Spurensuche für ihr „Museum 4012“ zu gehen.

In Traunstein steht die künstlerische Bildung und Zusammenarbeit mit Bildenden Künstlern im Vordergrund: Die Entscheidungen, die in der Geschichte durch das Rathaus hindurch „geflossen“ sind, werden in einer Installation auf dem Rathausplatz verbildlicht und die Veränderungen im Stadt- und Lebensraum Traunsteins werden für die Ausstellung „Jugend.Zeit.Raum“ fotografisch festgehalten und im Rahmen der Ausstellung „Die jungen Wilden“ gezeigt, mit der die Jugendkunstschule ein Restmüe ihres 25-jährigen Bestehens zieht.

In Eggenfelden und in Rothenburg a. d. Tauber schlossen sich gleich je mehrere Schulen und Schultypen zu gemeinsamen Ausstellungs-Projekten zusammen, die die Stadtgeschichte und -ukunft aus der Perspektive der Kinder und Jugendlichen zeigen. Weitere Infos: www.stadtgeschichte-zukunft.de DK

Fachtagung für..

(Fortsetzung von Seite 1) Prozent, auf die öffentlichen Auftraggeber und 10,25 Mrd. Euro (54 Prozent) auf die Bieterseite. Bei geschätzten 2,4 Mio. Vergaben in Deutschland belaufen sich die Kosten eines Vergabeverfahrens für alle Beteiligten damit im Durchschnitt auf 7.870 Euro.

Essig zufolge sind die größten Kostenblöcke auf Seiten des Unternehmens die Angebotslegung mit 4,4 Mrd. Euro, die Recherche von Ausschreibungen mit 2 Mrd. Euro, die Auswertung von Vergabeunterlagen mit 1,7 Mrd. Euro sowie die Prüfung und Sammlung von Eignungsnachweisen mit 1 Mrd. Euro.

Eignungsprüfungen

Auf Seiten der Vergabestelle schlägt die Erstellung der Vergabeunterlagen mit 1,7 Mrd. Euro zu Buche, die Auswahl eines Angebots durch Prüfung und Wertung mit 1,5 Mrd. Euro, die Anforderung zur Angebotsabgabe mit 886 Mio. Euro, die Durchführung von Verhandlungen mit 659 Mio. Euro und die Durchführung von Eignungsprüfungen mit 454 Mio. Euro.

In Bezug auf die Kosten wird übergreifend im Bereich der Vergabe und Vertragsordnung für Leistungen VOL/A das Potential einer Kostenreduktion auf ca. 15 bis 20 Prozent geschätzt.

Laut Grünbuch „umreißt die Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum die Vision einer sozialen wettbewerbsfähigen Marktwirtschaft für Europa im nächsten Jahrzehnt...“ Die Entwicklung einer auf Wissen und Innovation gestützten Wirtschaft. Es gehe um die Förderung einer emissionsarmen und wettbewerbsfähigen Wirtschaft, einer Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und ausgeprägtem sozialen und territorialen Zusammenhalt. Das öffentliche Auftragswesen spiele in der Strategie Europa 2020 als eines der marktbasiernten Instrumente, das zur Erreichung dieser Ziele eingesetzt werden sollte, eine wichtige Rolle.

„Ein weiteres zusätzliches Ziel besteht darin, den Auftraggebern eine bessere Nutzung der öffentlichen Auftragsvergabe im Sinne gemeinsamer gesellschaftlicher Ziele zu ermöglichen“, so das Grünbuch. Dazu zählten der Umweltschutz, eine höhere Ressourcen- und Energieeffizienz und die Bekämpfung des Klimawandels sowie die Förderung von Innovationen und sozialer Eingliederung.

Europa verfüge über ein enormes, bisher noch ungenutztes Potenzial, um durch das öffentliche

Auftragswesen Innovationen voranzutreiben und gleichzeitig den grenzüberschreitenden Wettbewerb zu stimulieren, eine CO₂-arme Wirtschaft zu fördern und den öffentlichen Behörden ein optimales Preis-Leistungsverhältnis zu garantieren. Die öffentliche Beschaffung innovativer Produkte und Dienstleistungen sei von zentraler Bedeutung für die Verbesserung der Qualität und der Effizienz der öffentlichen Dienste in Zeiten knapper Haushalte.

Am 30. März dieses Jahres ist die neue bayerische Muster-Entwässerungssatzung (Muster-EWS) erschienen, die Gerhard Apfelbeck vom Bayerischen Staatsministerium des Innern vorstellte. Als Ausgangssituation definierte er undichte Grundstücksentwässerungsanlagen (GEA), die zu Eintritt von Fremdwasser mit eventuell problematischen Konsequenzen führen können. Dazu zählten die hydraulische Überlastung von Kanalnetzen und die Gefahr, dass Kläranlagen mit einem schlechteren Wirkungsgrad arbeiten. Bestimmte Anforderungen und regelmäßige Überprüfungen seien erforderlich für die Entlastung der Entwässerungseinrichtung und Überwachung des Verbots der Einleitung von Grund- und Quellwasser sowie für die Sicherstellung des Benutzungszwanges.

Verbesserungen

Als wesentliche Veränderungen der Muster-EWS führte Apfelbeck Verbesserungen vor allem bei den Regelungen zur Dichtheitsprüfung an. Insbesondere die sog. Fremdwasserproblematik habe die Arbeiten maßgeblich mitbestimmt. Alle Beteiligten sähen Handlungsbedarf. Die neue EWS soll den Interessen aller Beteiligten ausreichend Rechnung tragen und ein handhabbares Instrumentarium zur Bekämpfung der Fremdwasserproblematik anbieten.

Die Bedeutung eines dichten Leitungssystems in der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung und die Konsequenzen für bayerische Kommunen stellte Prof. Dr.-Ing. F. W. Günthert (Universität der Bundeswehr München) vor. Nach seinen Worten wurden Netze über Generationen errichtet; Alterung und mangelhafte Instandhaltung führten zu Schäden.

Auswirkungen in Trinkwasserseparaten seien Wasserverluste, eine Abnahme der Versorgungssicherheit, eine hygienische Gefährdung, erhöhter Betriebsaufwand und Werteverfall. Auswirkungen in Abwasserseparaten seien Abwasserexfiltration (Beeinflussung Boden und

Grundwasser-Hygiene), Grundwasserinfiltration (Fremdwasser), örtliche Überflutungen und Werteverfall.

Laut einer Studie des Instituts für Unterirdische Infrastruktur, einem Partner-Institut der Universität der Bundeswehr München, zum Thema „Zustand der Kanalisation in Bayern“ aus dem Jahre 2008 sind im Freistaat ca. 12.500 Kilometer (15,7 %) Schmutz- und Mischwasserkanalisation kurz- bzw. mittelfristig sanierungsbedürftig. Jährlich beläuft sich der Sanierungsbedarf auf 2.000 bis 2.500 Kilometer, die jährliche Sanierungsrate liegt aktuell bei ca. 500 Kilometer. Seit 1996 wurden etwa 5.800 Kilometer saniert. Die Sanierungskosten nur für die öffentliche Kanalisation liegen bei ca. 3,6 Mrd. Euro. Insgesamt gibt es ca. 2.375.000 Hausanschlüsse.

Fehler bei der Planung oder bei der Bauausführung

Als Ursache von Schäden führte Günthert eine fehlerhafte Planung, mangelhafte Bauausführung, ungeeignetes Rohmaterial und Rohrverbindungen, Alterung und Verschleiß, statische und dynamische Überlastung, unsachgemäße Hausanschlüsse, mangelhafter Betrieb und Überwachung, ungeeignetes Rohrreinigerungsverfahren, mangelhafte Sanierung, Kreuzung mit anderen Leitungen und benachbarten Leitungen sowie Bergsenkung und Kriegseinwirkung an.

Ein an alle bayerischen Gemeinden verteilter Leitfadens des Landesamts für Umwelt zur Inspektion und Sanierung kommunaler Abwasserkanäle wartet mit einem dezidierten Sanierungskonzept auf – beginnend mit den Grundlagen wie Bestandsaufnahme, Zustandserfassung und Zustandsbeurteilung über Prioritätensetzung, Abstimmung mit anderen Beteiligten, Auswahl und Reihung der Maßnahmen bis hin zur Bereitstellung von Haushaltsmitteln und der Schaffung von Transparenz gegenüber Bürgern.

Wie Günthert abschließend erläuterte, „beeinflusst die Bau und Instandhaltungsstrategie maßgeblich die Folgekosten für die Instandsetzung“. Grundvoraussetzung seien Qualitätssicherungssysteme wie TSM oder Zertifizierungen, zudem müssten Instandhaltungsstrategien vorbeugend und zukunftsorientiert sein. Sanierungsmaßnahmen müssten alle notwendigen Schritte enthalten, auch sollte die Instandhaltung auf das Gesamtnetz öffentlich und privat bezogen werden. Ziel sei letztlich „eine sichere, dauerhafte, hygienisch einwandfreie Wasser Ver- und Entsorgung“. DK

Innovation und...

(Fortsetzung von Seite 1) struktur aus Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe und Handwerk habe schon vor 40 Jahren eine gute Basis geboten. Für ein Konkurrenzdenken in den Gebieten der früheren Landkreise habe es keinen Anhaltspunkt gegeben – im Gegenteil: „Im Landkreis Passau hat sich ein starkes Kreisbewusstsein entwickelt. Für alle Bürgerinnen und Bürger konnten im Laufe der Zeit die Lebensbedingungen weiter verbessert werden. Die Weichen für eine positive Entwicklung des Landkreises wurden richtig gestellt. Alle Gebietsteile haben von dem Zusammenschluss profitiert.“

Investitionen tätigen

„Nach einer ungemein dynamischen Entwicklung“ präsentiere sich der Landkreis Passau heute attraktiv und lebendig, so Herrmann. Er gewährleiste eine gelungene Symbiose von Wohnen, Arbeiten und Freizeit. Hier lasse es sich gut leben – „in den herrlichen Wald- und Flurlandschaften im südlichen Bayerischen Wald ebenso wie in der hügeligen Landschaft zwischen Donau, Inn, Rottal und Vilstal oder in den Städten“.

Herrmann zufolge „präsentiere sich der Landkreis Passau 40 Jahre nach der Landkreisgebietsreform heute als eine etablierte, solide und gleichzeitig moderne und leistungsfähige Einheit. Er wird den gestiegenen Anforderungen gerecht und er nimmt die Herausforderungen der demographischen Entwicklung an.“

Der Landkreis Passau sei gut gerüstet, die Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung stellten sich günstig dar. Herrmann: „Allen Passauer Landkreiskreisbürgern und allen politisch Verantwortlichen wünsche ich für die nächsten 40 Jahre und darüber hinaus, dass sich die bemerkenswerten Erfolgsgeschichte Ihres Landkreises fortsetzt.“ DK

Ziel sei es, den weiteren Anstieg der Bezirks- und Kreisumlagesätze zu verhindern und im Schulbereich und in der Straßeninfrastruktur notwendige Investitionen zu tätigen. Die Verschuldung der bayerischen Kommunen liege Ende 2010 bei 19,7 Mrd. Euro und habe sich seit 1980 mehr als verdoppelt. Diese Zahlen zeigten, dass die Kommunen in beiden genannten Punkten dringend einer Unterstützung bedürfen, damit der ländliche Raum ein attraktiver Lebens- und Wirtschaftsraum bleibt.

Gestiegene Anforderungen

Wie Innenminister Joachim Herrmann hervorhob, spiegelten sich im heutigen Landkreis Passau Ziele und Erfolg der Kreisgebietsreform beispielhaft wider. Dabei seien die Startbedingungen für den neuen Landkreis nicht ganz einfach gewesen.

Untrennbar sei der Aufbau des neuen Landkreises mit Landrat Baptist Kitzlinger verbunden. Er habe die schwierigen Aufgaben, die der neue Landkreis in den ersten Jahren mit sich brachte, hervorragend bewältigt.

Die heterogene Wirtschafts-

Gelungener Start fürs Bahnpilgern

Auftaktveranstaltung in Altötting

Die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG), das Bayerische Pilgerbüro und der Bayern 1 Radioclub haben ihre gemeinsame Informationskampagne zum Bahnpilgern in Bayern gestartet: Vor kurzem fand in Altötting die Auftaktveranstaltung statt. Die Kampagne der BEG klärt über die Möglichkeiten des Bahnpilgers im Freistaat auf.

50 Mitglieder des Bayern 1 Radioclubs hatten sich Samstag in aller Frühe am Münchner Hauptbahnhof getroffen, um mit der Südostbayernbahn (SOB) nach Heiligenstadt zu fahren. Die SOB hielt ein Frühstück für die Bahnpilger bereit. Von Heiligenstadt aus ging es nach altem Brauch über den Altöttinger Kreuzweg. Am Ortsrand wurden die Pilger vom Altöttinger Wallfahrtskomitee in Empfang genommen und in den Ort „einbegleitet“.

In Altötting zog die Gruppe zu Glockengeläut über den Kapellplatz in die Gnadenkapelle mit der Schwarzen Madonna. Dort gab es zunächst eine kurze Führung und anschließend eine Gnadenandacht. Anschließend richteten der Zweite Bürgermeister Wolfgang Sellner, Weihbischof Engelbert Siebler, Prälat Ludwig Limbrunner, BEG-Geschäftsführer Fritz Czeschka und Fred Horstmann vom Bayern 1 Radioclub im Sitzungssaal des Altöttinger Rathauses kurze Grußworte an die Pilger.

Bürgermeister Sellner dankte der Bayerischen Eisenbahngesellschaft für die Durchführung der Auftaktveranstaltung in der Wallfahrtsstadt Altötting, dem geistlichen „Herz Bayerns und einem der Herzen Europas“, wie es Papst Benedikt XVI. bezeichnete, und skizzierte die Bedeutung der Bahn für die Pilgerverkehre der zurückliegenden Jahrzehnte.

Czeschka erläuterte das Ziel der Bahnpilgern-Kampagne: „Wir möchten die Tradition des Pilgers in Bayern unterstützen und gleichzeitig dafür werben, das moderne, umweltschonende Verkehrsmittel Eisenbahn zu nutzen.“

Weihbischof Siebler führte aus, weshalb eine Fahrt im Zug genauso eine „richtige“ Pilgerfahrt sei, wie eine Wallfahrt zu Fuß: „Der echte Pilger ist ein Mensch, der sich zu immer neuen Sichten führen lässt“, betonte er. Wesentlich für die Pilgerfahrt sei daher nicht die Art des Reisens, sondern die Bereitschaft, das eigene Zuhause und das gewohnte Umfeld zu verlassen und sich „auf einen Weg“ zu machen.

Ideale innere Vorbereitung

Genau diese Art von Erfahrung hatten die Pilger vom Bayern 1 Radioclub am Morgen bereits gemacht, meinte Horstmann: „Mit dem Zug nach Altötting, mit einem echten Weihbischof an Bord, in der Stadt empfangen mit Glockenklang – das ist etwas so Außerordentliches, dass man sagen kann: Ja, wir erleben Bayern, wie wir es bisher noch nie erlebt haben.“ Die Ruhe, die man bei einer Bahnfahrt finde, sei die ideale innere Vorbereitung auf die großen kirchlichen Sehenswürdigkeiten Bayerns.

Von letzteren gab es zum Schluss der Veranstaltung noch

einige zu sehen: Bei einer Führung unter dem Motto „Altötting: 1.250 Jahre das Herz Bayerns“ konnten die Pilger die Neue Schatzkammer, das Wallfahrtsmuseum Altötting sowie das weltberühmte Rundgemälde „Jerusalem Panorama Kreuzigung Christi“ bestaunen, bevor sie am späten Nachmittag wieder nach Hause aufbrachen – selbstverständlich mit dem Zug.

Mit ihrer Informationskampagne wirbt die Bayerische Eisenbahngesellschaft in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Pilgerbüro und dem Bayerischen Rundfunk für das Bahnpilgern in Bayern. Die BEG hat 14 besonders schöne Wallfahrtsziele im Freistaat zusammengestellt, die umweltfreundlich per Zug erreicht werden können.

Ein eigener Bahnpilgern-Flyer stellt zum einen die 14 Ziele vor und gibt nützliche Tipps zu Anreisemöglichkeiten mit den bayerischen Bahnen, zum anderen beinhaltet er einen Pilgerpass. An allen 14 Pilgerstätten besteht die Möglichkeit, sich den Besuch im Pilgerpass per Stempel bestätigen zu lassen. Mit mindestens fünf Stempeln können Bahnpilger an einer Vortour teilnehmen, deren Hauptpreis eine fünfzügige Pilgerreise nach Rom ist, inklusive Besuch der Generalaudienz des Papstes auf dem Petersplatz. Darüber hinaus gibt es noch weitere attraktive Preise zu gewinnen, wie beispielsweise exklusive Bildbände der einzelnen Pilgerstätten oder spezielle Führungen.

Pilgerflyer und Pilgerpass

Der Pilgerflyer mit dem Pilgerpass liegt an allen 14 Pilgerzielen, im Bayerischen Pilgerbüro und in den Pilgerstellen der sieben Diözesen im Freistaat aus. Online kann er unter www.bahnpilger.de heruntergeladen werden.

Wer im Aktionszeitraum von April bis Oktober mindestens fünf der 14 Pilgerziele besucht hat, schickt den abgestempelten Pilgerpass bis spätestens 31. Oktober 2012 an folgende Adresse: Bayerische Eisenbahngesellschaft, Stichwort: Bahnpilgern, Boshetsrieder Straße 69, 81379 München. □



50 Mitglieder des Bayern 1 Radioclubs fahren mit der Südostbayernbahn nach Heiligenstadt. □

Auftaktsitzung zum „Runden Tisch Fachkräfteoffensive Bahn Bayern“:

Die Bahnbranche muss ihr Image verbessern

Bayern will die Bahn attraktiv machen für den Berufsnachwuchs sowie für Fach- und Servicekräfte. Zu diesem Zweck haben Eisenbahnunternehmen, Gewerkschaften, die Bayerische Staatsregierung und Bildungsträger mit dem „Runden Tisch Fachkräfteoffensive Bahn Bayern“ eine bundesweit bisher einmalige Beschäftigungsinitiative geschlossen.

„Um im Freistaat künftig weiterhin attraktive Bahnstrecken und Reisezeiten anbieten zu können, müssen wir mehrgeleisig fahren. Wer nur auf den Ausbau der Infrastruktur schaut, wird schnell am Prellbock landen. Uns helfen die besten Strecken und Züge nicht, wenn in bedenklichem Umfang Arbeitskräfte fehlen. Nur mit ausreichendem und gut ausgebildetem Personal können Fahrgäste und Güter ans Ziel kommen. Dazu gehört auch eine Imagesteigerung. Ich freue mich, dass alle Verantwortlichen an einem Strang ziehen wollen“, betonte Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil als Gastgeber der heutigen Kick-off-Veranstaltung des neuen Runden Tisches.

Nachdem heute die aktuellen Aspekte des Fach- und Ausbildungsbedarfs im Bahnbereich seitens der Arbeitgeber, Gewerkschaften, Politik, Verbände und Bildungsträger auf den Tisch gelegt wurden, verständigten sich die Teilnehmer auf einen Facharbeitskreis. Dieser soll im Laufe des Jahres Strategien und Maßnahmen entwickeln und dem Runden Tisch präsentieren.

„Dort, wo bereits Engpässe bestehen, kümmern wir uns mit den Beteiligten um schnelle Lösungen. Bei der S-Bahn München habe ich von den Verantwortlichen Maßnahmen eingefordert, um den Fahrplan sicherzustellen. Beim Runden Tisch geht es jedoch in erster Linie um grundlegende Weichenstellungen für die Zukunft und um eine Imageverbesserung der Bahnen in Bayern. Da ist kurzfristiger Aktionismus nicht angebracht. Verfechten werde ich allerdings auch bei dieser Initiative die bewährte Tarifautonomie“, unterstrich der Wirtschaftsminister.

Maßstäbe setzen

Zeil hatte mit Martin Burkert, dem bayerischen Vertreter im Vorstand der größten Bahnwerkschaft EVG, nach dem gemeinsamen Auftritt beim letztjährigen Eisenbahntag der EVG in Nürnberg die neue Fachkräfte-Initiative ins Leben gerufen. „Der demografische Wandel und der wachsende Wettbewerb im Bahnsektor stellen die Branche vor bisher in dieser Dimension nicht be-

kannte Herausforderungen sowohl bei der Rekrutierung als auch beim Halten von Arbeitskräften. Für dieses Bahnbindnis ist es daher höchste Eisenbahn. Bei Erfolg kann es sicher Maßstäbe setzen und Vorbild für weitere Länder und den Bund sein“, so Burkert.

Auch Uwe Böhm, Bezirksvorsitzender der Lokführergewerkschaft GDL, sieht die Allianz dringend erforderlich: „Die Schwierigkeiten mit den Lokführer-Engagements in Nordostbayern und die aktuellen Entwicklungen bei der S-Bahn-München sind nur die Spitze des Eisbergs. Ohne geeignete Maßnahmen wird da bald noch mehr zum Vorschein kommen.“

Klaus-Dieter Josel, Konzernbevollmächtigter der DB AG, wies darauf hin, dass Bahnchef Rüdiger Grube die bayerische Bahn-Fachkräfteoffensive nachdrücklich befürwortet und bereits Ende letzten Jahres Minister Zeil die konstruktive Kooperation der DB AG zugesichert habe. „Die DB ist sich bewusst, dass Unternehmenserfolg und Arbeitgeberattraktivität eng zusammenhängen. Wir wollen uns deshalb in die Top 10 der attraktivsten Arbeitgeber in Deutschland vorarbeiten. Das wird nur gehen, wenn wir Mitarbeiterorientierung konsequent leben“, erklärte Josel. □

„Südschiene“ nicht in Frage stellen

IHKs Schwaben und Ulm kritisieren Pläne der EU-Kommission

Die vom Rat der EU-Verkehrsminister verabschiedeten neuen Leitlinien für die transeuropäischen Korridore (TEN) stellen nach Einschätzung der Industrie- und Handelskammern Schwaben und Ulm eine Gefahr für die europäische Bedeutung des West-Ost-Korridors durch die Region dar.

Den Vorstellungen der EU-Kommission zufolge soll an die Stelle des bisherigen Projekts TEN 17 Paris–Wien–Bratislava/Budapest ein neuer europäischer „Kernkorridor Nr. 10 Straßburg–Donauraum“ treten, der gleichwertig zu der bisherigen Streckenführung über Stuttgart, Ulm, Augsburg und München neu eine zusätzliche alternative Linie via Frankfurt–Nürnberg–Passau nach Linz und weiter nach Wien vorsieht.

Naheliegende Variante

„Schon der Blick auf die Landkarte macht deutlich, dass die bisher unumstrittene Streckenführung über Stuttgart und München die naheliegende Variante auch für einen europäischen Korridor darstellt“, erklärten die IHK-Hauptgeschäftsführer Peter Saalfrank (Augsburg) und Otto Sälzle (Ulm).

Diese Strecke verknüpfe die „Technologie-Achse“ Karlsruhe–Stuttgart–Ulm–Augsburg–München, erschließe einen der wirtschaftsstarke Räume Europas und verbinde als auch politisch längst sprichwörtliche „Südschiene“ die beiden Landeshauptstädte. Nicht zuletzt beruhe das starke Engagement der Wirtschaft auch auf der europäischen Perspektive dieser Strecke.

Eine Schwächung der West-Ost-Magistrale drohe aus bayrisch-schwäbischer Sicht auch die

Chancen auf eine rasche Umsetzung einer leistungsfähigen Einbindung des Flughafens München in das europäische Fernverkehrsnetz zu verringern. Dabei sei gerade die Verknüpfung von großen Flughäfen mit dem künftigen europäischen Kernnetz der Bahn eines der Ziele der EU-Kommission. In der Fortführung der Strecke nach Osten gerate damit auch das landesplanerisch wichtige Ziel der besseren Erschließung des „Chemiedreiecks“ weiter in die Warteschleife. „Aus Augsburger Sicht ist außerdem die Stärkung der West-Ost-Achse wichtig, weil sie für uns eine Kompensation für die Reduzierung der Nord-Süd-Verbindungen mit der Neubaustrecke über Ingolstadt darstellt“, ergänzte Saalfrank.

Volldampf bei Stuttgart 21

Aus Ulmer Sicht macht die Entwicklung in Brüssel wieder einmal deutlich, wie wichtig es ist, beim Thema Stuttgart 21 endlich mit Volldampf zu Werke zu gehen. „Wenn es uns gelingt, das wesentliche Nadelöhr auf unserer Achse zu beseitigen, werden etwaige Alternativen an Attraktivität verlieren“, so Sälzle. „Leider bestätigt sich damit unser von den S21-Gegnern immer in Frage gestellter Hinweis auf mögliche Alternativen.“ □

Bondi Beach, Sidney?

Eisbach, München!

* Neu gesehen:
Ganz Bayern in einer Stunde – sonntags um 17.45 Uhr auf RTL.

Ein Grund zum Feiern:

20 Jahre Main-Donau-Kanal

Dauerbaustellen auf Autobahnen gehören zur alltäglichen Normalität. Ganz anders die laufenden Arbeiten am Main-Donau-Kanal, sie sorgen für ein breites und positives Echo in den Medien. Ein Aspekt verdient es dabei, näher beleuchtet zu werden: Als Teil der transeuropäischen Wasserstraße TEN ist der Kanal wichtiges Element der Verbindung zwischen Nordsee und Schwarzem Meer. Jeder Euro Investition muss nach Ansicht des Deutschen Wasserstraßen- und Schifffahrtsvereins (DWSV) aus Nürnberg in diesem Kontext gesehen werden.

„Entlang des Main-Donau-Kanals haben sich zahlreiche logistische Infrastrukturen wie Güterverkehrszentren entwickelt. Auf diese Weise ist der Kanal von großer Bedeutung für Standortbildung und Arbeitsplatzentwicklung. Immer wichtiger wird die Bedeutung, die der Kanal mehr und mehr für den Tourismussektor mit Flusskreuzfahrten gewinnt“, stellt der DWSV-Vorsitzende Dr. Michael Fraas fest.

Technische und logistische Meisterleistung

Die Totalsperre des Main-Donau-Kanals wegen planmäßiger Reparaturen an den Schleusen ist mit drei Wochen sehr knapp bemessen. Denn die Einschränkungen für die Binnenschifffahrt als

umweltfreundlichstem Verkehrsträger und für die Fahrgast- und Kreuzfahrtschiffe sollen so gering wie möglich gehalten werden. Der Termin steht bereits seit zwei Jahren fest und wurde mit Reedereien und Schifffahrtsverbänden abgestimmt.

Freigabe Ende April

Ende April wurde der Main-Donau-Kanal wieder für die Schifffahrt freigegeben. Bis dahin hatten die Ingenieure und Facharbeiter der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung sowie der beteiligten Firmen Wartungs-, Instandhaltungs- und Sanierungsarbeiten an 16 Schleusen und sieben Wehren durchgeführt. Angesichts der Vielzahl der Anlagen und ihrer komplexen Technik, Mechanik

und Elektrik und der kurzen Zeit ist das eine wahre Meisterleistung.

Wichtiges Bindeglied

Die Instandhaltungsarbeiten sind auch deshalb so wichtig, weil der Main-Donau-Kanal als Bindeglied zwischen Rhein und Donau die Schifffahrt auf der 3.500 Kilometer langen Wasserstraße zwischen der Nordsee und dem Schwarzen Meer ermöglicht – umweltfreundlich und effizient. Übrigens ist dies die einzige Verbindung, die von Nordwest nach Südost verläuft und Bestandteil der Transeuropäischen Wasserstraße zwischen Nordsee und Schwarzem Meer ist.

127 Millionen Tonnen Güter seit Verkehrsfreigabe

Am 25. September 1992 wurde der Main-Donau-Kanal offiziell eröffnet. Dieses Jahr wird er somit 20 Jahre alt. Seit der Verkehrsfreigabe wurden auf dem Main-Donau-Kanal 127 Millionen Tonnen Güter transportiert. Bei einer durchschnittlichen Ladungsmenge pro Lkw von 20 Tonnen wären dafür 6,35 Millionen Lkw zusätzlich auf unseren Straßen gefahren – mit dem entsprechenden CO₂-Ausstoß und Energieverbrauch. Beim Lkw liegt er bei 4,1 Liter Diesel pro 100 Tonnenkilometer, während das Schiff für 90 Lkw-Ladungen – soviel fasst ein durchschnittliches Gütermotorschiff – lediglich 1,3 Liter Diesel je 100 Tonnenkilometer benötigt.

Überdies vermeidet jedes Gütermotorschiff mit seinen 90 Lkw-Ladungen eine LKW-Kolonne von sieben Kilometern Länge auf der Straße. Dies sollte auch mit Blick auf Klimaschutz und Umwelt ein Grund zum Feiern sein.

Landrat Harald Leitherer:

Qualitätsansprüche werden erfüllt

Befahrungsbericht des mit fünf Sternen zertifizierten Main-Radweges

Landkreis Schweinfurt. Fünf Sterne und damit die höchste Qualitätszertifizierung, die der Allgemeine Deutsche Fahrradclub (ADFC) vergibt, schmücken den Main-Radweg, der auch durch den Landkreis Schweinfurt führt. Vor drei Jahren war die Route die erste in ganz Deutschland, der diese Ehre zuteil kam.

Im Rahmen des Projektmanagements für den Main-Radweg wird die Strecke „von den Quellen bis zur Mündung“ regelmäßig unter verschiedensten Aspekten überprüft. Unter anderem werden Streckenführung, Streckenbeschaffenheit, Beschilderung, Barrierefreiheit oder Verkehrsbelastung bewertet, um eventuelle Mängel schnell korrigieren und verbessernde Maßnahmen zeitnah umsetzen zu können.

Keine Mängel

Der aktuelle Befahrungsbericht des Main-Radweges vom April 2012 stellt im Landkreis Schweinfurt erneut keinerlei Mängel – im Gegenteil. Andersorts hingegen wurden zahlreiche Optimierungsmaßnahmen noch nicht durchgeführt und vom Tourismusverband Franken e.V. gerügt.

„Der Erfolg des Main-Radweges basiert insbesondere auf dem Qualitätsmanagement“, macht Landrat Harald Leitherer deutlich: „Die Ansprüche können allerdings nur durch den Einsatz engagierter Mitarbeiter des Landratsamtes und des Kreisbauhofes erfüllt werden“, stellt der Landrat lobend heraus.

Boom-Branche Flusskreuzfahrten

Ein weiterer positiver Aspekt des Main-Donau-Kanals ist die boomende Flusskreuzfahrt. Waren zum Zeitpunkt seiner Fertigstellung noch kaum Kreuzfahrtschiffe zu sehen, so bringt es beispielsweise die Stadt Nürnberg auf inzwischen 647 Anlegungen im Jahr 2011. Das sind mehr als 80.000 Flusskreuzfahrtpassagiere, die jeweils etwa 40 Euro in der Stadt ausgeben. „Das ist ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor – nicht nur für die Stadt Nürnberg“, stellt Dr. Michael Fraas, Wirtschaftsreferent der Stadt Nürnberg und Vorsitzender des DWSV fest. Denn von der beachtlichen Sekundärwirkung profitieren auch die übrigen Städte und Gemeinden am Main-Donau-Kanal.

Seit Jahren gehört diese Fahrroute mit ihren malerischen Landschaften und geschichtsträchtigen Städten fest zum Angebot der Kreuzfahrtgesellschaften. So trägt der MD-Kanal dank hoher Investitions- und Servicebereitschaft der Reedereien zu kontinuierlichen Wachstumsraten im Flusskreuzfahrtsektor bei.

Variantenübergreifende EU-Studie zum Donauausbau

Einziger Wermutstropfen in der Erfolgsgeschichte des Main-Donau-Kanals ist der ausstehende Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen. Dieser Engpass auf der deutschen Donau beeinträchtigt die Leistungsfähigkeit des Main-Donau-Kanals nachhaltig. Derzeit untersucht eine EU-Studie, wie das letzte noch verbliebene Nadelöhr ausgebaut werden kann. Bis Herbst 2012 sollen die abschließenden Ergebnisse der Studie vorliegen.

Mehr Information über den aktuellen Stand der Untersuchungen stehen auf der Internet-Seite www.donauausbau.wsv.de sowie auf der Internet-Seite des DWSV www.schifffahrtsverein.de/Donauausbau.

Messe München:

3. Startbahn am Flughafen München sichert Erfolg

Messechef Klaus Dittrich: Gesellschaftliche Rendite von zukunftsfähiger Infrastruktur stärker ins Blickfeld rücken

Mehr als zwei Millionen Besucher und das Personal von über 30.000 ausstellenden Unternehmen nehmen jährlich an den Veranstaltungen am Messe- und Kongressstandort München teil. Die Gäste reisen aus mehr als 180 Ländern an. Bei großen internationalen Leitmesse wie der Ispo Munich, der bauma, der Ifat Entsorga, der electronica oder der drinktec liegt der Anteil der ausländischen Aussteller und Besucher zum Teil bei weit über 50 Prozent. Dies belegt, wie sehr der Erfolg der Messe München von einer leistungsstarken internationalen Verkehrsinfrastruktur abhängt. Dreh- und Angelpunkt dieser Verkehrsinfrastruktur ist der Flughafen München mit seinen mehr als 200 Verbindungen zu Zielen in aller Welt.

Der Erfolg Münchens als Messeplatz und die daraus resultierende Rendite für die gesamte Region gehen Hand in Hand mit der Zukunftsfähigkeit des Flughafens. Deshalb befürwortet die Messe München die Pläne zum Bau einer 3. Startbahn. Klaus Dittrich, Vorsitzender der Geschäftsführung der Messe München, erklärt: „Eine zukunftsfähige und moderne Infrastruktur ist eine unverzichtbare Voraussetzung für die positive Entwicklung einer Region. Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dürfen diese ökonomische Dimension der Nachhaltigkeit nicht außer Acht lassen.“

Erfolgsgeschichte

Am Beispiel der Messerverlagerung aus der Innenstadt nach Riem im Jahr 1998 verdeutlicht Dittrich diesen Zusammenhang. „München hatte nach dem Umzug des Flughafens von Riem ins Erdinger Moos eine historische Chance. Die mutige Entscheidung von Landeshauptstadt München und Freistaat Bayern, ein neues, wachstumsfähiges Messegelände zu bauen, war Grundlage für eine Erfolgsgeschichte, von der jetzt alle profitieren“, macht Dittrich deutlich.

Wirtschaftliche Effekte

Das ifo-Institut für Wirtschaftsforschung hat 2008 die wirtschaftlichen Effekte der Messen und Veranstaltungen der Messe München ermittelt. Die wichtigsten Ergebnisse:

- Messen und Veranstaltungen der Messe München lösen bundesweit jährlich einen Umsatz von 2,17 Milliarden Euro aus.
- Besucher und Aussteller tätigen in einem durchschnittlichen Veranstaltungsjahr direkte Ausgaben in Höhe von 1,53 Milliarden Euro.
- Fast 22.000 Personen werden durch Veranstaltungen der Messe München im Jahresdurchschnitt beschäftigt.
- Durch die Veranstaltungen der Messe München wird ein Steueraufkommen für München, den Freistaat Bayern und

den Bund in Höhe von 363 Millionen Euro generiert.

Profizeure des Erfolgs

Vom Erfolg des Messeplatz München profitieren lokale Messebauer und Handwerksbetriebe, Hotellerie und Gastronomie, Taxi-Unternehmen sowie der öffentliche Nahverkehr. Auch der Einzelhandel freut sich über die große Kaufkraft der Besucher, insbesondere auch der vielen Teilnehmer an wissenschaftlichen oder medizinischen Kongressen. Messechef Dittrich ist daher überzeugt: „Ohne die Verlagerung der Messe nach Riem hätte der Messeplatz München im deutschen und weltweiten Wettbewerb dramatisch an Bedeutung verloren. Deshalb muss bei großen kommunalen oder regionalen Infrastrukturvorhaben wie der 3. Startbahn die gesellschaftliche Rendite stärker ins Blickfeld gerückt werden.“

Starker Wettbewerb um Gastveranstaltungen

Zwischen den großen deutschen und europäischen Messe- und Kongressplätzen herrscht ein starker Wettbewerb um besucherstarke Gastveranstaltungen, wie etwa das Rennen um die Mobilfunkmesse „Mobile World Congress“ im vergangenen Jahr gezeigt hat. Neben der Qualität der Messe- und Veranstaltungsflächen gewinnen weitere Standortfaktoren zunehmend an Bedeutung, zum Beispiel die Verfügbarkeit von großen Hotelkontingenten, die touristische Attraktivität einer Stadt, die allgemeine Sicherheitslage und eben die Erreichbarkeit und internationale Verkehrsinfrastruktur.

Wachstumsperspektive

Klaus Dittrich: „München muss bestmöglich mit der Welt verbunden bleiben, wenn wir auch in Zukunft international im Messe- und Kongressgeschäft eine starke Rolle spielen wollen. Auch der Flughafen München braucht eine Wachstumsperspektive, damit er seine Erfolgsgeschichte fortschreiben kann.“

Ausschreibung im Bayerischen Oberland:

DB Regio erklärt Nichtbeteiligung

Fritz Czeschka, Geschäftsführer der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) nahm wie folgt zur Nichtbeteiligung der DB Regio an der Ausschreibung im Bayerischen Oberland Stellung: „Der Freistaat fördert seit 1996 den Wettbewerb im Regionalverkehr in Bayern. Seitdem hat sich durch die Vielfalt an Unternehmen und Angeboten vieles für die Fahrgäste verbessert, auch im Bayerischen Oberland. Im Sinne der Fahrgäste und des Wettbewerbs bedauern wir daher, dass DB Regio beschlossen hat, sich nicht an der Ausschreibung im Bayerischen Oberland zu beteiligen. Es handelt sich dabei um eine unternehmerische Entscheidung, die wir überrascht zur Kenntnis nehmen. Das Verfahren läuft dennoch ganz normal weiter, wir warten das Ergebnis unserer Ausschreibung ab. Der Schlusstermin für den Eingang von Angeboten ist der 2. Juli 2012. Erst dann wissen wir tatsächlich, welche Unternehmen sich für die Verkehre im Oberland bewerben.“

FeuerTRUTZ 2012 in Nürnberg:

Feuer und Flamme für Brandschutztreff

Jeder weiß, Sprinkleranlagen und Rauchmelder können Leben retten. Brandschutzmaßnahmen, die greifen bevor die Feuerwehr anrückt, umfassen jedoch weit mehr. Dies zeigte einmal mehr die FeuerTRUTZ, Fachmesse mit Kongress für vorbeugenden Brandschutz, im Messezentrum Nürnberg. Rund 3.300 Besucher (2011: über 2.300) kamen zur zweiten Ausgabe der Messe, die ihnen Antworten auf alle Fragen in Sachen Brandverhütung und -eindämmung lieferte.

Rund 150 Aussteller informierten über Maßnahmen, die Brandentstehung vermeiden, Brandfolgen minimieren und im Ernstfall schnelle und zielgerichtete Rettungs- und Löscharbeiten ermöglichen. Ob Warnsysteme, Rauchfreihaltung oder Beschichtungen und Abschottungen - das Angebot war in diesem Jahr noch vielfältiger.

Wasserabweisender Sand

So konnten sich Brandschützer an zwei Messetagen ganz gezielt über Produktrends und Dienstleistungen zur Brandverhütung und -eindämmung informieren. Der eine oder andere Aussteller hatte auch Produktinnovationen im Gepäck - von wasserabweisendem Sand über neueste Warmmeldesysteme und Brandschutztüren bis hin zur innovativen Brandschutzhülle, die im Ernstfall die Ausbreitung von Kabelbränden verhindern kann.

Insbesondere Fachplaner, Architekten und Sachverständige

sowie Mitarbeiter von Behörden und Brandschutzbeauftragte nutzten die zwei Veranstaltungstage zur Fortbildung, zum Erfahrungsaustausch und zur Kontaktpflege. Im Aussteller-Fachforum stellten 14 Aussteller in praxisnahen Vorträgen den Besuchern ihre Innovationen vor. Der Treffpunkt „Bildung und Karriere“ bot einen erstklassigen Überblick über fachspezifische Seminare und Studiengänge rund um den vorbeugenden Brandschutz. Acht Institute informierten über ihre Fortbildungsangebote.

Experten-Know-how

Experten-Know-how für alle Brandschützer bot auch der parallel stattfindende Brandschutzkongress. Im Mittelpunkt stand dabei in diesem Jahr die Frage nach dem „Brandschutz ohne Standards“, denn die moderne und außergewöhnliche Architektur von Gebäuden erfordert heutzutage vermehrt spezielle Brandschutzkonzepte fernab von

regulären Standardlösungen. 38 anerkannte Brandschutzexperten referierten in den einzelnen Kongresszügen. Heiß diskutiert wurden beispielsweise die neuesten Anforderungen an den betrieblichen Brandschutz sowie die Vereinbarkeit von Brand- und Denkmalschutz. Dabei zeigte sich deutlich: Gerade in den Abweichungen von den Standardvorgaben der Bauordnung bzw. Sonderbauvorschriften liegt die Chance für wirtschaftlichen und sicheren Brandschutz.

Kompensationen

Die hochkarätige Vortragsreihe begann mit den Kongresszügen „Brandschutzkonzepte“, „Betrieblicher Brandschutz“ und „Brandschutzplanung“. Fortgesetzt wurde die Veranstaltung mit den Themen „Brand- und Denkmalschutz“, „Kompensationen“, „Bemessung“. Rechtsanwalt Stefan Koch referierte über das heiß diskutierte Thema „Wo endet der Bestandschutz?“. Er widmete sich vier Fallbeispielen, anhand derer er Grenzen und sein Vorgehen bei der Beratung darstellte.

Offene Fragen zum Thema „Bestandschutz und konkrete Gefahr“ wurden im nachfolgenden Gespräch von den Teilnehmern

mit den Referenten diskutiert.

Löschtechnik

Am zweiten Tagungstag zählten zu den parallel stattfindenden Kongresszügen „Baulicher Brandschutz“, „Sicherheitssysteme“ so-

wie „Löschtechnik“. Prof. Jürgen Wesche eröffnete mit seinem Vortrag „Einsatz und Bewertung neuer Bauprodukte und Bauarten am Beispiel von Kabelbandagen und Feuerschutzvorhängen“ den Kongresszug zum Thema „Baulicher Brandschutz“. Auch die nachfol-

genden Vorträge in den einzelnen Kongresszügen widmeten sich weiteren spannenden Themen wie z. B. „Brandschutzkonzept Berliner Schloss“, „Brandschutz bei landwirtschaftlichen Bauten“ oder „Kunst und Kultur - mit Wasser schützen“. **DK**

Regensburg:

Sicherheitskonzept für die Altstadt

Die Stadt Regensburg verschärft ihre Gangart im Kampf gegen nächtliche Ruhestörer, Sachbeschädigungen, Gewaltexzesse und Alkoholmissbrauch. Stadt, Polizei und Staatsanwaltschaft haben hierzu ein gemeinsames Konzept zur Verhütung und Bekämpfung von Beeinträchtigungen der Sicherheit im Bereich der Regensburger Altstadt erarbeitet und die Vereinbarung mit ihrer Unterschrift besiegelt.

Fakt ist: Die Situation in der Altstadt hat sich insofern noch verschärft, als die Zahl der Studierenden insbesondere durch den Abitur-Doppeljahrgang und den Wegfall der Wehrpflicht sprunghaft angestiegen ist. Die bestehenden Diskotheken haben keine Kapazität, um zusätzlich etwa 5.000 Studenten Raum zu bieten. Die Feiernenden weichen deshalb immer mehr auf den Straßenraum aus. Hinzu kommt, dass zwischen vielen Gastronomiebetrieben insbesondere zu schwachen Besuchszeiten ein Attraktivitätswettbewerb herrscht, der mit alkoholischen Sonderangeboten ausgetragen wird. Was bislang fehlt, sind Rechtsgrundlagen zum Verbot eines nächtlichen Straßenverkaufs von Alkohol bei Imbiss- und Gastronomiebetrieben, zum Konsum von Alkohol auf öffentlichen Plätzen zu besonders störenden Zeiten oder zum Verbot von alkoholischen Sonderangeboten.

Neuer Kommunaler Ordnungsservice

Mit erheblichem Aufwand hat die Stadt Regensburg laut Oberbürgermeister Hans Schaidinger bisher versucht, den Problemen entgegenzuwirken: So beispielsweise mit der Gründung des Aktionsbündnisses „Fair feiern“, einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit in Medien, Kinos und Diskotheken oder der Einrichtung eines kommunalen Ordnungsservices, der bis in die frühen Morgenstunden präsent ist. Auf Wunsch der Anwohner steht nach einer Erprobungsphase die Toilette am Neupfarrplatz jetzt endgül-

tig 24 Stunden pro Tag offen. Trotz durchaus spürbarer Erfolge sei das allein aber nicht ausreichend. Auch darüber hinaus bestehe Handlungsbedarf, so Schaidinger. Denn der exzessive Konsum von Alkohol sei die Hauptursache für eine deutlich gestiegene Kriminalitätsrate in der Altstadt. Nächtliche Ruhestörung, Sachbeschädigungen, wildes Urinieren, Raufereien und tätliche Übergriffe seien die Folgen. In der Innenstadt habe der Anteil der unter Alkoholeinfluss stehenden Tatverdächtigen stark zugenommen, während er im Reststadtbereich nahezu unverändert geblieben ist.

Schnelle Zusammenarbeit

In diesem Sicherheitskonzept, das im Wesentlichen eine schnelle Zusammenarbeit bei der Vorbeugung und Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten, Straftaten und unerwünschtem Verhalten gewährleisten soll, werden vor allem folgende Vorgehensweisen vereinbart:

- ▶ ständiger Informationsaustausch durch feste Ansprechpartner
- ▶ laufende Optimierung der gemeinsamen Problembewältigung durch Lagebesprechungen vor und nach Vorfällen
- ▶ gemeinsame Kontrollaktionen und Razzien
- ▶ zeitnahe und konsequente Ahndung der begangenen Ordnungswidrigkeiten unter Ausschöpfung des Bußgeldrahmens
- ▶ beschleunigte Durchführung der Verfahren bei der Staatsanwaltschaft, da eine Strafe nur dann als zwingende Folge der

Tat erlebt wird, wenn sie möglichst schnell verhängt und vollstreckt wird

- ▶ Ausschöpfung der Möglichkeiten, im Rahmen eines Strafverfahrens durch Auflagen wie Alkoholtherapie und Schadenswiedergutmachung auf künftige Vermeidung und Prävention hinzuwirken
- ▶ Abarbeitung gerichtlich verhängter Sozialstunden durch gemeinnützige Arbeit, insbesondere an Problemörtlichkeiten in der Altstadt
- ▶ konsequente Anzeigenerstattung bei Verstößen im Altstadtbereich
- ▶ Ausschöpfung aller gesetzlicher Möglichkeiten für Auflagen bis hin zum Konzessionsentzug bei Gaststätten, insbesondere wenn ein mögliches und nötiges Mitwirken der betroffenen Gastronomen zur Unterbindung unerwünschter Nebenfolgen unterbleibt
- ▶ Prüfung örtlich und zeitlich begrenzter Betretungsverbote bei andauernden nachhaltigen Störungen
- ▶ strenge Anforderungen an Erlaubnis- und Genehmigungsverfahren, insbesondere im Bau- und Gaststättenwesen.

Sensibilität

Als Maßnahme gegen die Wirte möchte OB Schaidinger das neue Sicherheitskonzept nicht verstanden wissen. Sie seien im Bezug auf ihr Verhalten sehr viel sensibler geworden, konstatierte der Rathauschef. Deswegen könne die Stadt jetzt auch zu den uneinsichtigen Gastronomen sagen, dass sie ihre Konzession aufs Spiel setzen, wenn sie nicht mitmachen. „Wir gehen künftig schärfer ran bei den Flstrate-Partys. Da hat die Stadt bei den Wirten einen Hebel über den Zuverlässigkeitsbegriff des Gewerbeerchts.“ **DK**

vorerst eingestellt worden. Man wolle nun zunächst jede einzelne Anlage datenschutzrechtlich überprüfen, um auf rechtlich sicherem Grund zu stehen.

Vermögenssicherung

Klare Worte fand Landrat Roland Schwing zur Diskussion um die Überwachung: „Der Landkreis selbst hat keinerlei Interesse an der Überwachung des Schullebens.“ Es gehe lediglich darum, Vermögen zu sichern, für das der Landkreis viele Millionen von Euro ausgegeben habe. Er wies in diesem Zusammenhang auf Kupferdiebstähle in großem Stil hin, die auf Baustellen erfolgt seien und die den Firmen hohe Schäden verursacht hätten.

Abschreckung

In der folgenden Diskussion erachtete der größte Teil der Kreislänge die Videoüberwachung als geeignetes Mittel, potenzielle Täter abzuschrecken. Landrat Roland Schwing erklärte, dass die Landkreisverwaltung zunächst mit allen Schulleitungen die Videoüberwachung thematisieren werde. Schwings Vorschlag, den Bauausschuss über diese Gespräche zu informieren, wurde einstimmig befürwortet. **□**

Brandschutzkonzepte für Schulen

Erfahrungen aus der beruflichen Praxis von Schulplanern bei den Nürnberger Kolloquien zum Brandschutz 2012

In den geburtenstarken Jahrzehnten der 60er und 70er Jahre wurden deutschlandweit viele Schulen errichtet. Seitdem hat sich manches geändert – die Brandschutzmaßnahmen in vielen dieser Schulen leider kaum. Die Verbund IQ gGmbH, die Nürnberger Spezialisten für technische Weiterbildungen, legte den Fokus der diesjährigen Kolloquien zum Brandschutz deshalb auf das komplexe Thema „Brandschutz in Schulen“.

Das Schulsanierungskonzept der Stadt Erlangen ermöglichte in den Jahren 2008 bis 2011 die Grundsanierung der Hermann-Hedenus-Schule in Erlangen. Dort kamen jüngst Ingenieure, Architekten, Mitarbeiter von Behörden sowie Polizei und Feuerwehr und Interessierte zusammen, um im Rahmen der Fachkonferenz alle relevanten Aspekte rund um das Thema „Brandschutz in Schulen“ zu beleuchten. Die Hedenus-Schule diente als Praxisbeispiel für den Brandschutz im Bestand bei Schulbauten.

Architekt Daniel Ulrich, Leiter der Abteilung Beratung und Denkmalschutz der Bauordnungsbehörde Nürnberg, der die Veranstaltung moderierte, fasste die Herausforderung an den Brandschutz in Schulen zusammen: „Die Kunst besteht darin, dass Schulen ein Brandschutzkonzept entwickeln, welches auf die pädagogische Wirklichkeit und den Schullalltag eingeht und diesen nicht ausklammert.“

Regionale Besonderheiten

In den sechs Vorträgen beschäftigten sich Referenten und Teilnehmer mit Konzepten, Planungen und Lösungen auf der Basis rechtlicher Grundlagen und regionaler Besonderheiten auch bezüglich der Leistungsfähigkeit der Feuerwehr.

Dr.-Ing. Thomas Maier, Vorstand der Valentin Maier Bauingenieure AG, Erlangen und Verfasser des Brandschutzkonzepts der Hedenus-Schule stellte dessen Abweichungen von der Bayerischen Bauordnung (Bay-

BO) und die Kompensationsmaßnahmen vor. Um sämtliche Schutzziele zu erfüllen, wurden alle Maßnahmen wie Brand-schutzwände oder zweiter Rettungsweg aufeinander abgestimmt. Abweichungen von der BayBO müsse individuell begegnet werden, so Maier. In der Hedenus-Schule werden als Kompensationsmaßnahmen unter anderem mobile Treppen, Sicherheitsbeleuchtung, Hausalarm und automatische Brandmelder verwendet.

Vorbeugung

Die Sicht der Genehmigungsbehörde in Bezug auf vorbeugenden baulichen Brandschutz präsentierte RBM Architekt ETH Christian Käßmaier, Sachgebietsleiter des Bauaufsichtsamts Erlangen. Die Anforderungen aus BayBO, Versammlungsstättenverordnung (VStättV) mit Sanierungsmaßnahmen in Einklang zu bringen, sei mitunter schwierig, erläuterte Käßmaier. So sei der Bestandsschutz bei baulichen Änderungen auch für einen besseren Brandschutz häufig hinderlich. Sonderwege zur Erreichung der Schutzziele seien nur durch konstruktive Zusammenarbeit aller Beteiligten (Bauherr, Planer, Prüfbehörde) möglich, appellierte Käßmaier.

Highlight

Ein Highlight war die Vorführung der Feuerwehr Erlangen gemeinsam mit der Jugendfeuerwehr zur Leiterrettung mit Dreh- und Steckleitern. Sie zeigte ein- drucksvoll, dass Personensiche-

rung und Evakuierung durch Leiterrettung sehr viel Zeit in Anspruch nimmt. Auf diesem Wege ist, unter Beachtung der Leistungsfähigkeit der örtlichen Feuerwehr, grundsätzlich die Rettung von bis zu 10 mobilen Personen aus einer Nutzungseinheit möglich. Ab 30 Personen in einer Nutzungseinheit ist ein zweiter baulicher Rettungsweg immer erforderlich.

Weitere Informationen unter: www.verbund-iq.de **□**

Landratsamtsjurist Dietmar Fieger hat im Bauausschuss des Landkreises auf zahlreiche Fragen geantwortet, die die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen der Landkreisverwaltung in Sachen Videoüberwachung an den Landkreisschulen gestellt hatte.

Dabei machte der Jurist deutlich, dass laut dem Bayerischen Datenschutzgesetz Videoüberwachungen und Videoaufzeichnungen unter Beachtung der im Gesetz genannten Voraussetzungen rechtlich erlaubt sind.

Demontage

Fieger zählte die Standorte der Kameras an den einzelnen Schulen auf. So gebe es deren 19 im Schulzentrum Elsenfeld, von denen vier im Innenbereich des IZBB wieder demontiert würden. Neun weitere Außenkameras seien in Elsenfeld geplant. Unter anderem würden vier dieser neuen Kameras den hinteren Außenbereich mit den Sportfeldern erfassen, da dieser Bereich vom Wald her offen zugänglich sei. Die Kamera in der Aula des Miltenberger Gymnasiums sei mittlerweile aufgrund der öffentlichen Diskussion wieder demontiert worden, so Fieger. In der Johannes-Hartung-Realschule hingen drei

Videoüberwachung an Schulen vorerst ausgesetzt

Kameras mit Hinweisschildern im Eingangsbereich. In der Berufsschule Miltenberg würden drei Kameras im Außenbereich montiert. Diese seien nach einem Einbruch in die Schule und einem versuchten Einbruch in die Verwaltung angebracht worden, darüber hinaus habe man auch Strahler und Bewegungsmelder angebracht. Darüber hinaus gebe es Kameras in den Türsprechanlagen in den Realschulen Miltenberg und Obernburg.

Ob an einer Schule Videoüberwachungsanlagen installiert werden, entscheidet laut Fieger die Schule zusammen mit dem Sachaufwandsträger – in den oben genannten Fällen sei dies der Landkreis Miltenberg. Die Anlagen dienen unter anderem dem Schutz vor Vandalismus sowie dem Schutz vor Diebstählen und Einbrüchen. Fieger stellte klar, dass keine Kamera ohne In-

Schutz vor Vandalismus

tervention der Schulleitungen installiert worden sei. Inwieweit Lehrer, Schüler und Eltern von der Schule im Vorfeld der Installation beteiligt worden seien, konnte Fieger nicht sagen. Tatsache sei, dass für die Speicherung von Aufnahmen eine datenschutzrechtliche Freigabe nötig ist. Wenn die Aufnahmen sich auf den Eingangsbereich beschränken, zwischen 22 und 6.30 Uhr und allgemein außerhalb der Schulzeiten erfolgen, brauche es die Freigabe aber nicht. Die Aufnahmen müssten binnen drei Wochen gelöscht werden; es sei denn, sie würden zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten beziehungsweise zur Geltendmachung von Rechtsansprüchen benötigt. Die Schulen hätten dabei sicherzustellen, dass die Aufnahmen sicher aufbewahrt und nach Ablauf der Frist auch wieder gelöscht werden. In einem Fall, so Dietmar Fieger, hätten die Aufnahmen in Elsenfeld dazu beigetragen, Graffiti-Schmierer zu überführen. Infolge der Diskussionen der vergangenen Wochen seien die Videoüberwachungen an den Landkreisschulen

Bayerische Abfall- und Deponietage 2012:

Rohstoffquelle der Zukunft

Bereits zum zehnten Mal in Folge veranstaltete der Förderverein KUMAS in enger Kooperation mit dem Ingenieurbüro Abfallwirtschaft und Umwelttechnik (AU Consult GmbH), der bifa Umweltinstitut GmbH sowie dem Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) die Bayerischen Abfall- und Deponietage in Augsburg. Neben einem Überblick über die rechtliche Entwicklung standen bei dieser praxisorientierten Konferenz vor allem die Themen (Rest)abfall als Ressource sowie aktuelle Entwicklungen im Deponierecht und die Deponiesituation in Bayern im Blickpunkt des Interesses. Begleitet wurde die zweitägige Veranstaltung von einer Fachausstellung, auf der sich branchenspezifische Unternehmen und Dienstleister den Besuchern präsentierten.

Abfall gilt als eine Rohstoffquelle der Zukunft. Dies findet nicht nur seinen Niederschlag in der kontrovers geführten Diskussion „rund um die Wertstofftonne“ im Zusammenhang mit der Neufassung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, sondern z. B. auch in der neuen Ressourcenstrategie der EU. Dabei wird oft „Abfall“ gleichgesetzt mit dem Restmüll aus Haushaltungen und Potenziale für einzelne Stoffströme in der Abfallwirtschaft mit Potenzialen im Restmüll vermengt.

2,3 Mio. Tonnen Restabfall

Wie Dr. Siegfried Kreibe vom bifa Umweltinstitut in Augsburg erläuterte, fallen etwa 2,3 Mio. Tonnen Restabfall jährlich in Bayern an. Das sind etwa 182 Kilogramm pro Einwohner im Jahr und somit nur noch etwa die Hälfte der Pro-Kopf-Menge, die noch vor 20 Jahren zur Beseitigung anstand. Die Menge sei aber nicht nur erheblich reduziert worden, sondern bei der thermischen Behandlung werde der Energieinhalt genutzt und aus den Schlacken werden Metalle abgetrennt.

Stellschrauben

„Während die Entsorgung von Siedlungsabfällen noch in den 1970er Jahren mit erheblichen Ressourcenverlusten und Treibhausgasemissionen aus Deponien verbunden war, stehen wir heute in Deutschland vor einer völlig anderen Situation“, betonte Kreibe. Die großen Stellschrauben zur Verbesserung der Abfallwirtschaft seien genutzt: „Wir sind gewissermaßen von den A-The-

men zu den B-Themen gelangt. Was sich leider nicht grundlegend geändert hat ist, dass sich die öffentliche Diskussion am liebsten mit C-Themen befasst.“

Dies habe letztlich dazu geführt, dass zur Erfassung eines Stoffstroms, nämlich der Leichtverpackungen, ein äußerst komplexes System aufgebaut wurde, so Kreibe. „Der organisatorische und finanzielle Aufwand hierfür steht gewiss in keinem angemessenen Verhältnis zum ökologischen Nutzen. Es wäre interessant, einmal systematisch allein den zeitlichen Aufwand abzuschätzen, der deutschlandweit von hunderten Betrieben, Kommunen, Ministerien, Entsorgungsunternehmen und anderen Beteiligten in die Verwaltung des Systems zur Erfassung und Verwertung von LVP geht. Dies zu vereinfachen, ist ein verbreiteter Wunsch.“

Juristisches Dornengestrüpp

bifa selbst habe für das Umweltbundesamt eine Evaluierung der Verpackungsverordnung vorgenommen. „Seither wissen wir: Die Entsorgung von LVP-Verpackungen ist ein ähnliches Dornröschenschloss-Thema wie die Verwertungsvereinfachung: Wenn unter großen Mühen kleine Vereinfachungen erreicht werden, wächst zugleich ein Vielfaches an juristischem Dornengestrüpp an anderen Stellen nach. Und mitunter drängt sich der Eindruck auf, dass das Dornengestrüpp zum tragenden Teil des Bauwerks geworden ist: Einfach wegschneiden hätte erhebliche Nebenfolgen.“

Herbert Snell, Multiport GmbH/MultiPET GmbH (Bernburg), verwies darauf, dass sich im

Kunststoffrecycling der Umwelt nutzen mit wirtschaftlichem Erfolg verknüpfen lässt. Es bestehe weiterhin die Aufgabe, aber auch das Potenzial, neue Anwendungen für Recyclingkunststoffe zu erarbeiten. Steigende Preise für Kunststoffneueware erhöhten dabei die Motivation der Anwender, Recyclingmaterialien einzusetzen. Erstrebenswert sei, die größtmögliche Wertschöpfung durch eine hohe Aufbereitungstiefe zu erreichen.

Vorreiterrolle

Die steigende Nachfrage nach Rohstoffen auf der ganzen Welt werde die Entwicklung hin zu mehr Recycling unterstützen, prognostizierte Snell. Deutschland spiele dort weiterhin eine Vorreiterrolle. So werde hierzu die Einführung der Wertstofftonne geplant, mit dem Ziel mehr verwertbare Fraktionen, u. a. auch Kunststoffe, aus dem Abfall zu gewinnen. Dabei sei aber bezüglich der Kunststoffe zu beachten, dass die somit erfassten Kunststoffe aufgrund der Anwendungen (Haushaltbereich, Gartenmöbel etc.) ein anderes Eigenschaftsprofil besitzen und im Gemenge mit den Verpackungen andere Anforderungen an die Verwertungsverfahren stellen. Snell: „Aus unserer Sicht sind diese zusätzlichen Kunststoffmengen besser getrennt von den Verpackungskunststoffen zu separieren und sollten besser in die Mischkunststofffraktion sortiert werden.“

Kunststoffabfälle

Gerade bei der werkstofflichen Verwertung von Kunststoffabfällen sei es möglich, ökologische Zielstellungen wie Ressourcenschonung und Verringerung von Treibhausgasemissionen mit ökonomischen und sozialen Aspekten wie Erzeugung eines gesuchten Rohstoffes, Schaffung von Arbeitsplätzen und Verminderung von Abfallbehandlungskosten zu verknüpfen. Kunststoffe müssten nicht in der Landschaft oder auf Deponien enden. Es gebe viele sinnvolle Möglichkeiten, Kunststoffe wieder in den Produktionskreislauf zurückzuführen.

„Wird das Papier aus den Haushalten aufgrund der Preisentwicklung verschiedener Papiersorten, und damit zusammenhängend insbesondere der Nachfrage nach Kartonagen, nicht sortiert, führt dies unweigerlich zu einer Verknappung der Rohstoffversorgung in der graphischen Papierindustrie“, stellte Sandra Springer, UPM GmbH (Augsburg) fest. Insgesamt lasse sich deutlich erkennen, dass diese Branche zusammen mit den Herstellern von Kartonagen in einem Konkurrenzverhältnis steht, wenn es um den Rohstoff „Haushalts-sammelware“ geht.

Altpapier

Da die Sortierung einen kritischen Faktor im Altpapierkreislauf darstellt und bestimmt, welche Branchen und damit auch Unternehmen den Rohstoff für ihre Produktion erhalten, liege es im Interesse der Marktteilnehmer, selbst die Entscheidung hierüber zu erlangen. Die Entscheidung, ob sortiert wird oder nicht, sei essentiell vom Besitz des Papierrohstoffes abhängig: „Besitzt ein Unternehmen bereits die unsortierte Haushalts-sammelware, kann es selbst entscheiden, wie diese weiter sortiert und verwertet wird, um die Herstellung der verschiedenen Sorten von Papier, Pappe und Kartonagen zu beeinflussen“, machte Springer deutlich. Viele Unternehmen der

Papierindustrie zeigten deshalb zunehmend Interesse, selbst eine aktivere Rolle im „Stoffstrommanagement Altpapier“ einzunehmen.

Nutzung von Biomasse

Nach den Worten von Michael Maier, BIO-Energie Schwaben (Erkheim), „kann die Biomassebrennstoffaufbereitung eine sehr interessante Erweiterung einer Kompostanlage sein und das wird auch bereits häufig praktiziert“. Der Holzige Anteil werde zerkleinert und gesiebt und als Brennstoff verkauft, der Feinanteil weiter kompostiert.

Die Kombination der verschiedenen Aufbereitungs- und Verwertungstechniken zur Nutzung von Biomasse könne sehr interessant und lukrativ sein. Es gebe allerdings kein „Patentrezept“ dafür. Eine Anlage müsse sehr sorgfältig vorbereitet sein und das wirtschaftlich-technische Konzept müsse gut durchdacht und vorgeplant werden. Der Markt gebe vor, welche Wertschöpfung aus den Produkten möglich ist und darauf sei die Technik abzustimmen. Ob und wie eine Lösung wirtschaftlich erfolgreich sein wird, sei nicht zuletzt davon abhängig, wie sorgfältig die Machbarkeit im Vorfeld untersucht wurde.

Verstärkte Nutzung von Altdeponien und Altlasten

Laut Karl Drexler vom Bayerischen Landesamt für Umwelt (Augsburg) plant die Bayerische Staatsregierung, im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 den Anteil der Photovoltaik am Stromverbrauch in den nächsten zehn Jahren von derzeit 4 % auf über 16 % zu steigern. Ein Maßnahmenpaket sei dabei die verstärkte Nutzung von Altdeponien und Altlasten für Solarparks.

Im Rahmen des vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit initiierten Programms „Alte Lasten – Neue Energien“ sollen potentielle Standorte für Freiflächen-Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) auf Altdeponien und Altlasten gesucht werden. Zwei Projekte befassten sich bereits mit der Erstellung von Machbarkeitsstudien für PV-Anlagen auf ehemaligen gemeindeeigenen Hausmülldeponien und Deponien in der Nachsorge. Das dritte Projekt betrachte nutzungsorientiert aus dem Altlastenkataster entlassene Altablagerungen in staatlichem Eigentum.

Ziel dieses Projektes sei die Erarbeitung von Standortanalysen für die Errichtung von PV-Anlagen. Die Standortanalysen sollen den jeweiligen Gemeinden und eventuell auch potentiellen Investoren zur Verfügung gestellt werden. Zusammen mit einem Förderprogramm soll so die Nutzung dieser Standorte durch Solarparks attraktiver gestaltet werden.

Photovoltaikanlagen

Bereits 2001 wurde Drexler zufolge die erste Photovoltaikanlage auf einer Deponie errichtet, nun sind es fast 20 Anlagen mit einer Nennleistung von insgesamt ca. 15 MWp, die Strom ins Netz liefern. Für weitere Anlagen liegen Anträge und Genehmigungen vor. Auch eine Windkraftanlage befindet sich auf einem Deponiekörper.

Bislang konnten Deponien bereits einen Beitrag zur Deckung des Energiebedarfs leisten. Durch den Einsatz von Gasmotoren wurde aus dem Deponiegas elektrischer Strom erzeugt. Nachdem seit 2005 keine organischen Abfälle auf Deponien gelangen, sind die Deponiegasmenge und so die Stromerzeugung rückläufig. Hierbei wurde auch ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz geleistet. **DK**

Bioabfallverwertung:

Gewachsene Strukturen sichern Qualität

Die Novellierung der Bioabfallverordnung tritt seit Mai stufenweise auf Basis des derzeit noch geltenden Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes in Kraft. Dabei werden die grundlegenden Rahmenbedingungen der bisherigen Verordnung größtenteils beibehalten. Der bvse begrüßt es ausdrücklich, dass drei Regelungen, die bis zuletzt in der Diskussion standen, nun doch unverändert bleiben und damit die Verwertung von Bioabfällen nicht erschweren. Dafür hatte sich der bvse gemeinsam mit anderen Verbänden noch im Januar dieses Jahres bei einer Anhörung des Bundesumweltministeriums stark gemacht.

Dünger aus Bioabfällen aus der getrennten Sammlung können auch weiterhin auf Feldgemüsebaublächen ausgebracht werden, wenn der Kompost direkt in den Boden eingearbeitet wird. Bodenuntersuchungen unterliegen nach wie vor den Vorgaben der Klärschlammverordnung und nicht der deutlich aufwändigeren Bundesbodenschutzverordnung. „Damit werden die funktionierenden Strukturen der Kreislaufwirtschaft

müll angeschlossen sind. Durch geeignete Maßnahmen könnten hier – konservativ gerechnet – jedoch jährlich zwei Mio. Tonnen abgeschöpft werden. Darüber verdeutlicht Dr. Claus-Gerhard Berg vom Bundesumweltministerium in einem Fachbeitrag, dass aus der Landschaftspflege weitere ein bis zwei Millionen Tonnen mobilisiert werden könnten.

Mit der flächendeckenden Getrenntsammlung steht bereits die nächste Novelle der



Für die stoffliche Verwertung von Bioabfällen wird ein deutliches Wachstumspotential erwartet. Bild: Martijn van Exel/Flickr.com

Bioabfallverordnung an. „Dabei ist ein behutsamer Umgang mit den gewachsenen Strukturen der Bioabfallsammlung unbedingt erforderlich. Ein einheitliches Sammelsystem würde die bestehende Bioabfallverwertung gefährden“, warnt Wagner.

Die Entsorgung von biogenen Abfällen ist stark ausdifferenziert und findet regional sehr unterschiedlich statt. Diese regionalen Unterschiede er-

möglichen eine ortsnahe und spezifische Verwertung der anfallenden Bioabfälle. Diese Struktur muss auch mit der neuen Biotonne gesichert und intelligent ausgebaut werden.

Derzeit fließen in Deutschland über 13 Millionen Tonnen Abfälle in biologische Behandlungsanlagen. Davon stammt der größte Teil mit rund 8,4 Millionen Tonnen aus den Biotonnen, Garten- und Parkabfällen der Haushalte und Siedlungen. Abfälle und Schlämme aus der Land- und Forstwirtschaft sowie der Nahrungsmittelverarbeitung machen einen weiteren großen Materialstrom aus. Daneben werden Gülle und Jauche, Abfälle aus der Holzbearbeitung sowie Schlämme aus der Behandlung kommunaler Abfälle behandelt.

Bioabfälle werden zum größten Teil durch Kompostierung und Vererdung stofflich verwertet. Ein Teil des Bioabfalls, der besonders holzig und trocken ist, kann in Biomassekraftwerken zur Herstellung von Strom und Wärme genutzt werden. Eine Verwertungsoption, die sowohl das stoffliche als auch das energetische Potential der Bioabfälle nutzt, ist die Vergärung. Neben den landwirtschaftlich und somit stofflich nutzbaren Gärresten entsteht Biogas, das entweder aufbereitet und in das Erdgasnetz eingespeist werden kann oder direkt in einem Blockheizkraftwerk zu Wärme und Strom umgewandelt wird. Außerdem gewinnen biogene Abfälle als nachhaltiger Energie- und Stoffträger, wie beispielsweise zur Herstellung von Biodiesel, Methanol oder zur Abtrennung von Zellulose, zunehmend an Bedeutung.

„Um die hochwertige stoffliche und energetische Verwertung der Bioabfälle auch in Zukunft zu gewährleisten und weiter auszubauen, sind Rahmenbedingungen erforderlich, die die heterogenen Strukturen der Sammlung und Verwertung von Bioabfällen berücksichtigen und erhalten“, fordert Wagner.

Kunststoffrecycling:

Biokunststoffe sorgen für große Probleme

Im Zusammenhang mit der Kritik der Deutschen Umwelthilfe an Einkaufsstützen aus sogenanntem Bioplastik erklärt Dr. Thomas Probst, Kunststoffexperte beim bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung: „Bioplastik sorgt für große Probleme beim Kunststoffrecycling. Die Biokunststoffe mindern aufgrund ihrer chemischen Zusammensetzung die Qualität der Recyclate.“

So führt der Eintrag von Biokunststoffen beim Kunststoffrecycling zu deutlichen Nachteilen. Das Waschwasser verschmutzt erheblich, da die Biokunststoffe hier zerfallen und einen idealen Nährboden für Mikroorganismen bilden. Das Waschwasser muss dann öfter ausgetauscht oder mit einem deutlich größeren Aufwand gereinigt werden.

Darüber hinaus können beim Waschen die herkömmlichen Kunststoffe mit einem Film aus Biokunststoffen überzogen werden, der dann bei den weiteren thermischen Umsetzungsprozessen in die Kunststoffe einbrennt. Die Recyclate werden schwarz und können kaum noch verkauft werden.

Veränderte Stabilität

Gelangen die Biokunststoffe in Kunststoffbauteile, die beim Recycling hergestellt werden, wie beispielsweise Rasengittersteine, Kunststoffpfähle und Kunststoffpaneele oder -bretter, so verändern sie deren Stabilität nachteilig. Wenn vermehrt Bioplastik in Umlauf gebracht wird, müssten diese daher ausgeschleust werden. Das aber würde zu erheblich erhöhten Anlagen- und Verfahrenskosten führen.

Am Ende bleibt dann oft nur noch der Weg in die Müllverbrennung und das ist sicher nicht im Sinne des Umweltschutzes. Um es ganz klar zu sagen: Wir sperren uns nicht gegen Biokunststoffe, aber sind strikt gegen Etikettenschwindel. Für alle Kunststoffarten muss die gleiche Messlatte gelten: Das Recycling, nicht die Verbrennung, muss die erste Verwertungsoption sein. **□**

Abfallwirtschaft:

Mehr Verwertung und weniger Verbrennung

HWWI: Weniger Restmüll bis 2020 erwartet

Laut einer aktuellen Studie des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI) wird das Abfallaufkommen in Deutschland bis zum Jahr 2020 um bis etwa 5 Millionen Tonnen zurückgehen. Dadurch wird sich der Bedarf an Anlagen zur Sortierung, Behandlung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen ändern. Beispielsweise dürften bei thermischen Anlagen Anpassungen der Kapazitäten nach unten oder zusätzliche Abfallimporte notwendig sein.

Das sind die Ergebnisse der Studie „Auswirkungen der Abfallgesetzgebung auf das Abfallaufkommen und die Behandlungskapazitäten bis 2020“, die das HWWI für die energierechtliche Beratungspraxis von Wiert Werner & Partner erstellt hat.

Konsequenzen bis 2020

Hintergrund der Analyse ist die am 1. Juni 2012 in Deutschland in Kraft tretende Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, mit der die Einführung einer Wertstofftonne und einer obligatori-

schen Biotonne bis spätestens zum Jahr 2015 verbunden ist. Ziel der Analyse ist es, die Konsequenzen der neuen Rahmenbedingungen und weiterer sozio-ökonomischer Entwicklungen bis zum Jahr 2020 zu beleuchten.

Drei Szenarien

Auf der Grundlage von Annahmen zum Trennungverhalten der Haushalte, zur Bevölkerungsentwicklung und zu wirtschaftlichen Faktoren hat das HWWI drei Szenarien („Trend“, „Trennung“, „Tradition“) für die künftigen Ab-

fallmengen berechnet. In allen drei Varianten kommt es zu einem Rückgang der Mengen im Hausmüll, aus hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen sowie aus Produktion und Gewerbe. Zugleich nehmen jeweils die Mengen der getrennt erfassten Abfälle aus Leicht- und stoffgleichen Nichtverpackungen leicht sowie der Bio- und Grünabfälle merklich zu.

Insgesamt sinken die Mengen bei Haushaltsabfällen und Abfällen aus Produktion und Gewerbe ausgehend von 85,5 Millionen Tonnen im Jahr 2009 um etwa 5 Millionen Tonnen im Szenario „Trennung“, um gut 3 Millionen Tonnen im Szenario „Trend“ und um 0,8 Millionen Tonnen im Szenario „Tradition“.

Mit einer Veränderung der Abfallmengen und ihrer Zusammensetzung ändert sich künftig der

Bedarf für Anlagen zur Sortierung, Behandlung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen. Anhand thermischer Anlagen (Müllverbrennungsanlagen und Ersatzbrennstoffkraftwerken) zeigt das HWWI beispielhaft, welche Wirkungen sich dort beim Kapazitätsbedarf einstellen könnten.

Ergebnisse

Alle Szenarien zeigen einen Rückgang der im Inland zur Verfügung stehenden Abfallmenge zur thermischen Behandlung an. Von 2009 bis 2020 liegen die Rückgänge hier ausgehend von 24,7 Millionen Tonnen zwischen 11,0 % (Szenario „Trennung“) und 3,6 % (Szenario „Tradition“). Die tatsächlichen thermischen Kapazitäten lagen Ende 2010, je nach Datenquelle und Berechnungsgrundlage, zwischen 23,4 und 26,4 Millionen Tonnen. Mit hin könnten Unterauslastungen der Kapazitäten in absehbarer Zeit entstehen oder bestehende Fehlmengen anwachsen.

Daraus folgt entweder ein Bedarf an zusätzlichen Abfallimporten oder die Notwendigkeit einer Anpassung der Kapazitäten nach unten. Umgekehrt ist aber zu erwarten, dass der Bedarf an Anlagen zur Sortierung sowie zur biologischen Aufbereitung und Verwertung in Deutschland künftig eher zunehmen wird.

Einfluss der Gesetzgebung

Dr. Sven Schulze, Leiter des Themenfeldes „Umwelt und Klima“ am HWWI, kommentiert die Ergebnisse der Studie wie folgt: „Sowohl die Betrachtung der Vergangenheit als auch unserer Szenarien zeigt, dass die Abfallgesetzgebung stets einen großen Einfluss auf Stoffströme und die Branche der Abfallwirtschaft hat. Der Gesetzgeber tut gut daran, dies in seinen Überlegungen auch in Zukunft angemessen zu berücksichtigen.“

in einer für die Bezirke grundlegenden Frage sage ich Dir ganz besonders Dank“, so Denzler.

„Es war und ist immer auch Deine Stärke, den Blick in die Zukunft zu richten“, konstatierte der Bezirkstagspräsident. So werde zu Beginn der nächsten Wahlperiode des kommenden Jahres der Verband der bayerischen Bezirke in „Bayerischer Bezirkstag“ umbenannt. Dadurch wird ein Gleichklang mit dem Namen des Bayerischen Städtetages, des Bayerischen Landkreistages erreicht. „Als Verbandspräsident hast Du stets die Notwendigkeit hervorgehoben, die Stellung des Verbandes als vierter kommunaler Spitzenverband nicht nur zu unterstreichen, sondern auch zu stärken. Die neue Namensgebung ist ein weiterer wesentlicher Beitrag dazu.“

Kompetenz und Volksnähe

Manfred Hölzlein mag die Menschen und die Menschen mögen ihn, führte Denzler weiter aus. Sie schätzten seine Kompetenz, auch schwierigste Sachverhalte verständlich darzustellen. Darüber hinaus zeichne ihn eine besondere Volksnähe aus, der alles Anbietende fremd ist. Sein Mitwirken im „Fußvolk“ der „Landshuter Hochzeit“ sei dafür ein bereites Beispiel. Denzler abschließend: „Lieber Manfred, Du bist ein Mensch der ‚leisen Töne‘, ein Mensch, der sich stets um Kompromisse bemüht und Konflikte geduldig und diplomatisch zu lösen sucht. Ich kenne Dich als angenehmen und warmherzigen Menschen. Persönlich schätze ich vor allem Deine bescheidene und kollegiale Art, mit der Du beharrlich die gesteckten Ziele verfolgst. Auf Dein Wort ist Verlass!“ DK



Von links: Ludwig Kipfelsberger (Akademie), Hans-Peter Mayer (Gemeindetag), Gertraud Kast (Akademieleiterin), Richard Stelzer (Städtetag), Michael Sturm (Landkreistag), Peter Klinger (Uni Hagen), Medienreferent Horst Schäfer, Bürgermeister Joachim Federschiedt und Christian Geiger (Verband der bayerischen Bezirke).

15. Gunzenhausener IuK-Tage:

Vernetzte Welt, vernetzte Verwaltung, vernetzter Bürger

Unter den Kommunikationsexperten der bayerischen Landkreise und Städte hat Gunzenhausen einen guten Ruf erworben. Hier starteten vor 15 Jahren die „IuK-Tage“. Seither begegnen sich jährlich an die 80 Fachleute aus den kommunalen Verwaltungen für jeweils zwei Tage, um zu diskutieren, welche Möglichkeiten es für die digitale Nutzung von Verwaltungsabläufen gibt.

Veranstalter war einmal mehr die Bayerische Akademie für Verwaltungs-Management in München. Deren Leiterin Gertraud Kast sieht die vernetzte Welt als eine Herausforderung für die Verwaltung. Hintergrund: 60 Prozent aller Deutschen nutzen heute schon regelmäßig das Internet und von den Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind 96 Prozent in einem „Social Network“ (Facebook, Twitter und andere) registriert.

Weil sich das Kommunikations- und Informationsverhalten der Menschen ändert, kann sich auch die öffentliche Verwaltung nicht den zeitgemäßen Kommunikationssträngen entziehen. Schlagworte sind Open Government, Open Data, Web 2.0 und Social Media. Es geht um den freien Zugang zu Verwaltungsdaten und um eine stärkere Bürgerbeteiligung an Verwaltungsabläufen. Gertraud Kast: „Es gibt Chancen und Risiken für die Kommunen, wenn sie mobile Dienste anbieten.“ Ein Dauerbrenner in der Diskussion ist dabei der Datenschutz.

Wie Bürgermeister Joachim Federschiedt bei der Eröffnung hervorhob, müssten sich auch die kleinen und mittleren Verwaltungen den Anforderungen der modernen Kommunikationstechnologie widmen. Und: „Die Verwaltungen müssen sich immer wie-

der neu definieren.“ Wohin muss sich die Verwaltung entwickeln, um zukunftsfähig zu sein? Strategien und Trends zeigte Peter Klinger (Uni Hagen) auf, Christian Geiger von der Zeppelin-Universität in Friedrichshafen äußerte sich zu „Freien Daten für den Staat“ und Thomas Folger (Stadt Erlangen) gab seine Erfahrungen als kommunaler Anbieter von mobilen Diensten weiter. Die Sicherheit der elektronischen Kommunikation war das Thema von Klaus Eisele (Stadt Nürnberg).

eGov-Strategie

Die nationale E-Governmentstrategie und ihre Auswirkungen auf die Gemeinden und Städte legte Dr. Kay Ruge vom Deutschen Landkreistag, dar. Über die rechtlichen Aspekte beim kommunalen Einsatz von Social Media referierte Dr. Carsten Ulbricht von Diem & Partner in Stuttgart. Das Abschlussreferat hielt Willi Kaczorowski, der Informationsdirektor von Cisco Systems Blank.

Die Tagungsteilnehmer durften das Fränkische Seenland als Segway-„Piloten“ im wahrsten Sinne des Wortes erfahren. Die trendige Art der Fortbewegung wurde von Wolfgang Eckerlein, dem Touristik-Chef der Stadt, den Tagungsgästen beim „1. Segway-Contest“ vorgestellt. Text und Bild: Falk

Zum 70. Geburtstag von Manfred Hölzlein:

Geschätztes „Urgestein“ der Kommunalpolitik

Zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens hatten sich in Landshut eingefunden, um Manfred Hölzlein zu seinem 70. Geburtstag am 29. April zu gratulieren. Zu Ehren des seit vier Jahrzehnten erfolgreichen Kommunalpolitikers und „ihres“ Präsidenten hatten der Verband der bayerischen Bezirke und der Bezirk Niederbayern zu einem Stehempfang eingeladen.

Franz Schedlbauer, Bezirksratsvorsitzender von Niederbayern, ließ in seiner Würdigung die lange politische Karriere des Richters und Oberstaatsanwalts Revue passieren. Seit 1974 gehört Manfred Hölzlein dem Bezirkstag von Niederbayern an; 1998 wurde er einstimmig zum Bezirkstagspräsidenten gewählt. In diesem Amt fungiert der gebürtige Passauer als Vorsitzender in nahezu allen Ausschüssen des Bezirkstags von Niederbayern, im Zweckverband Niederbayerische Freilichtmuseen Massing im Rottal und Finsterau im Bayerischen Wald sowie in den Zweckverbänden Bad Füssing, Thermalbad Birnbach, Bad Griesbach, Bad Gögging und Kurmittelhaus Bad Abbach.

Als Leiter der Bezirksverwaltung und Dienstvorgesetzter von rund 2.300 Bediensteten trägt er auch die Verantwortung für den Vollzug des Bezirkshaushalts mit einem Gesamtvolumen von rund 527,8 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2012. Seit 2003 bekleidet Manfred Hölzlein das Amt des Präsidenten des Verbandes der bayerischen Bezirke. Er ist Träger u. a. des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse und des Bayerischen Verdienstordens.

Pragmatisches Handeln

Obwohl seit 1961 Mitglied der CSU, sei das politische Handeln des Jubilars nicht parteipolitisch motiviert gewesen, bemerkte Schedlbauer und zitierte Hölzleins politische Arbeitsweise mit dessen eigenen Worten, wonach es besonders in der Kommunalpolitik darum gehe, „nicht politisch, sondern pragmatisch“ zu handeln. Diese Einstellung habe ihn zu einem allseits geschätzten und beliebten „Urgestein“ der bayerischen Kommunalpolitik gemacht.

Dr. Günther Denzler, Erster Vizepräsident des Verbandes der bayerischen Bezirke und Bezirkstagspräsident von Oberfranken, verwies darauf, dass sich Hölzlein in all den Jahren seines öffentlichen Wirkens nie ge-

scheut habe, auch schwierige Themen anzupacken und zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen. Denzler erinnerte hierbei an die Verhandlungen zur Reform des Verteilungsschlüssels für den Finanzausgleich zwischen den Bezirken und die beträchtliche Erhöhung der staatlichen Ausgleichsmasse für die Bezirke.



Manfred Hölzlein.

Auch sei in der Amtszeit von Manfred Hölzlein als Verbandspräsident eine wichtige Änderung im Bereich der Zuständigkeiten in der Behindertenhilfe erreicht worden: 2008 wurde den Bezirken die Verantwortung für alle ambulanten Leistungen der Eingliederungshilfe übertragen – „ein großer Erfolg, der maßgeblich dem Verhandlungsgeschick unseres Jubilars zu verdanken ist“, so Denzler. Heute bekämen Menschen mit Behinderungen passgenaue stationäre und ambulante Hilfen aus einer Hand. Dass hilfebedürftige Menschen in Bayern ein flächendeckendes und modernes Netz sozialer Hilfen vorfinden, sei das Ergebnis auch seines Engagements.

Inklusion

„Lange bevor die Vereinten Nationen die Konvention für Menschen mit Behinderungen verabschiedet haben, hast Du

Dich vorausschauend für die Belange behinderter Menschen eingesetzt. Dass behinderte Kinder und Jugendliche ein möglichst selbstbestimmtes Leben führen können, war und ist Dir ein besonderes Anliegen. Heute sprechen wir weniger von Integration, sondern von Inklusion“, fuhr Denzler fort. Hölzleins Credo, dass der Elternwille im Blick auf die Wahl der Schule für die betroffenen Heranwachsenden stets zu respektieren sei, gehe immer mit einem ebenso eindeutigen Bekenntnis zum Fortbestand der bewährten Förderschulen einher.

„Dabei war und ist Dir eine klare Trennung zwischen den Aufgaben der Sozialhilfe und dem staatlichen Bildungsauftrag sehr wichtig.“

Dem Jubilär sei es ein besonderes Anliegen, die offene Behindertenarbeit zu verstärken und auszuweiten, um so die Lebenssituation der Menschen mit Behinderung zu verbessern und möglichst teilstationäre bzw. stationäre Aufenthalte zu vermeiden. Denzler: „In all den Jahren lag Dir die partnerschaftliche Kooperation des Verbandes und der Bezirke mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege am Herzen. Hilfen müssen dort ankommen, wo sie gebraucht werden!“

Psychiatrie

Beim Thema Psychiatrie, einem wesentlichen Standbein der Bezirke, sei es für Hölzlein immer eine besondere Herausforderung gewesen, die dringend notwendige Strukturreform im Maßregelvollzug voranzubringen. Ungeachtet wachsender Fallzahlen und damit einhergehender Kostensteigerungen war er Präsident des Verbandes immer ein strikter Gegner der Privatisierung. „Am Ende einer teilweise heftigen Debatte stand ein Ergebnis, mit dem die dritte kommunale Ebene gut leben kann: Die forensischen Einrichtungen sind weiterhin unter dem Dach der Bezirke gebündelt und erweisen sich, wie ein Gutachten ergab, auch in ihrer finanziellen Effizienz als tragfähig und stabil. Für diese Deine Beharrlichkeit,

Euregio Egreensis-Jahrespressekonferenz 2012:

Kompass für die Zukunft

Auf Einladung der Euregio Egreensis Bayern fand in Weiden i. d. OPf. die diesjährige Jahrespressekonferenz der Euregio Egreensis statt. Neben einem Vortrag des Botschafters der Tschechischen Republik in Deutschland Dr. Rudolf Jindrák, der aus persönlicher Erfahrung über die Entwicklung der Deutsch-Tschechischen Beziehungen nach der „Samtenen Revolution“ 1989 auch mit Hinblick auf die Region referierte, standen die Berichte über die Arbeit in den drei Arbeitsgemeinschaften durch die Präsidenten im Mittelpunkt der Tagung.

So berichtete der Bürgermeister der Gemeinde Hal e. Frančíšek Curka, dass sich die tschechische Arbeitsgemeinschaft besonders dem Bereich Tourismus widmet und hier auf vielen Messen für die Region wirbt. Hurka verwies auch auf die wachsende Bürokratie bei der Beantragung und Abrechnung von Projekten, sei es im Bereich von Ziel 3-Großprojekten oder im Kleinprojekte- bzw. Dispositionsfonds. Hier werden zunehmend Antragsteller durch die komplizierten Formulare und die langen Bearbeitungszeiten bei der Abrechnung abgeschreckt.

Plauens Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer als Präsident der Euregio Egreensis Arbeitsgemeinschaft Sachsen/Thüringen stellte

das Thema Sprachausbildung in den Vordergrund. „An den Hochschulen in Bayern und Sachsen besteht in der Regel die Möglichkeit die tschechische Sprache zu erlernen.“

Nachbarsprache erlernen

Um wirklich auf allen gesellschaftlichen Ebenen weiter zusammenzuwachsen, müssen jedoch an den Berufsschulen, Schulen, auch schon in den Kindergärten die Voraussetzungen geschaffen werden, die Sprache des Nachbarlandes zu erlernen“, erklärte Oberdorfer und ergänzte: „Doch auch in unseren Köpfen muss die Bereitschaft zum Erlernen unserer Nachbarsprache festsetzen. Oft sind wir noch zu be-

quem. Die Tschechen sind uns auf diesem Gebiet weit voraus, sie brauchen viel seltener einen Dolmetscher um ihre deutschen Nachbarn zu verstehen.“

Auch das Thema Drogenhandel brennt auf den Nägeln, wie der Präsident bekannte. Vor allem der florierende Handel mit synthetischen Drogen wie „Crystal Speed“ bereite große Sorgen und werfe einen Schatten auf die positiven Effekte der Durchlässigkeit der deutsch-tschechischen Grenze im Dreiländereck. Hier muss Oberdorfer zufolge auf allen Ebenen intensiv zusammengearbeitet werden, zudem seien die gesetzlichen Regelungen zu verschärfen und die Strafverfolgung zu gewährleisten.

Die Präsidentin der Euregio Egreensis Arbeitsgemeinschaft



Dr. Birgit Seelbinder.

Bayern e. V., Oberbürgermeisterin Dr. Birgit Seelbinder (Marktredwitz), sprach zunächst über die in Bayern vorangetriebene Initiative zur engeren grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheitswesen. 2010 und 2011 habe die Euregio Egreensis Arbeitsgemeinschaft Bayern ein Großprojekt im Förderprogramm „Ziel 3 Freistaat Bayern -Tschechische Republik“ gemeinsam mit der Stadt Eger (Cheb) unter Mitwirkung der Partner Stadt Waldsassen, Landkreis Tirschenreuth, Kliniken Nordoberpfalz und Klinikum Fichtelgebirge durchgeführt.

Gutachten

Dieses Gutachten mit den zwei Teilen „Notfallrettung“ und „Stationäre Versorgung“ liege vollständig in deutscher und tschechischer Sprache vor. Es stelle nicht nur die nationalen Systeme gegenüber und analysiere den derzeitigen Stand, sondern zeige auch auf, in welchen Bereichen eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit möglich wäre, woran es derzeit noch scheitert und wie diese Hindernisse abgebaut oder auch umgangen werden können. „Damit haben wir auch für die kommenden Jahre eine Art Kompass in der Hand, der uns bei möglichen Kooperationen im Gesundheitswesen den Weg weisen

ausgezeichnet entwickeln. Die jüngste Errungenschaft in Sachen „Ausbau der Infrastruktur“ stelle die Breitbanderschließung aller Ortsteile (Hausen, Steinfeld und Waldzell) dar.

Attraktives Wohnumfeld

Unter der Ägide von Rathauschef Loschert sei ein attraktives Wohnumfeld geschaffen worden. So habe die Gemeinde die Aufgaben der „Dorferneuerung“ aus eigenen Mitteln geschultert und die Straßen in den Ortskernen in einen ansprechenden Zustand versetzt. Aber auch mehrere Neubaugebiete wurden erschlossen. Der Neubau der Grundschule und

kann“, erklärte Birgit Seelbinder.

„Ein konkretes Ergebnis, das wir auf unser Euregio-Projekt zurückführen, ist, dass das Thema nun auch in den bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Tschechien seinen festen Platz findet“, fuhr Seelbinder fort. So wurde im Herbst 2011 in Lappersdorf bei Regensburg die erste deutsch-tschechische Rettungsschule unter der Federführung des bayerischen und des sächsischen Innenministeriums, des tschechischen Gesundheitsministeriums sowie des Bundesgesundheitsministeriums durchgeführt.

Schiennenverkehr

Was den Ausbau der Schienenverkehrsverbindungen im nordbayerischen Raum angeht, so soll die Strecke Hof-Selb-Aß (Asch) 2013 wiedereröffnet werden. Das von der Bayerischen Eisenbahngesellschaft vorgestellte Betriebskonzept sieht laut Seelbinder vor, dass aus Richtung Hof kommende Fahrgäste die von Cheb/Eger nach Prag verkehrenden Schnellzüge erreichen werden.

Außerdem setzt sich die Präsidentin dafür ein, dass die Elektrifizierung von Reichenbach nach Hof bis Marktredwitz weitergeführt wird, „unabhängig davon, ob von Marktredwitz aus nach Regensburg oder Nürnberg die Elektrifizierung fortgesetzt wird“. Außerdem sei es zwingend notwendig, von Marktredwitz aus bis zur Landesgrenze in Schirnding eine Anbindung an das tschechische, bereits elektrifizierte Schienennetz herzustellen, da die tschechischen Nachbarn 2011 die Strecke von Pilsen nach Eger (Cheb) fertig gestellt hätten.

Förderperiode 2014-2018

Mit Blick auf die kommende Förderperiode 2014 bis 2020 meinte Seelbinder, dass es in allen Förderprogrammen der EU eine inhaltliche Konzentration auf einige wenige Themenbereiche geben müssen. Wie diese Themen aussehen, werde bei der Erarbeitung der einzelnen Operationellen Programme festgelegt. Grundsätzlich werden sich die Programme an der „Europa-2020-Strategie“ orientieren müssen, d. h. an Prioritäten wie wirtschaftliches Wachstum, Forschung, Innovation, Energie, Beschäftigung, Klimawandel usw.

„Für unseren Grenzraum wird sich die Euregio Egreensis dafür einsetzen, dass hier Themen gefunden werden, die auch realistisch grenzüberschreitend umgesetzt werden können“, betonte die Präsidentin. Erfreulich sei, dass der Kleinprojektfonds bzw. Dispositionsfonds weiterhin von Seiten der EU grundsätzlich zugelassen ist und als sinnvoll erkannt wird. Die genaue Ausformung geschehe in Abstimmung mit den nationalen Behörden. „Wir werden darauf drängen, dass die bisherigen Zuständigkeiten beibehalten werden und sowohl in Bayern als auch in Tschechien die Euregio Egreensis die zuständige Stelle für Kleinprojekte bleibt“, so Seelbinder abschließend. **DK**

der Sporthalle, des Kindergartens und der Umbau der alten Schule in ein Dorfgemeinschaftshaus zeigten deutlich, dass gerade den Kindern und Jugendlichen ein hoher Stellenwert im gemeinschaftlichen Leben eingeräumt wird.

Zudem habe die Gemeinde Steinfeld wieder einen „ordentlichen“ Mittelpunkt erhalten, in dem das mittlerweile unansehnlich gewordene Rathaus außen und innen saniert und den Erfordernissen einer modernen Verwaltung angepasst wurde. Für die genannten Maßnahmen habe der Freistaat Bayern in nicht unerheblichem Maße Fördermittel zur Verfügung gestellt. **DK**



V. l.: KPV-Ehrenkreisvorsitzender und Kreisrat Werner Kundörfer, stellv. KPv-Kreisvorsitzender Roman Felber, Regionalmanagerin Christina Reinhardt, KPv-Kreisvorsitzende Cornelia Trinkl, CSU-Kreis- und Fraktionsvorsitzender Norbert Dünkel sowie stellv. Landrat Andreas Kögel.

KPV der CSU im Nürnberger Land:

„Weg vom Kirchturmdenken im Tourismus im Landkreis!“

Die Regionalmanagerin des Landkreises Nürnberger Land, Christina Reinhardt, hat bei der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV) das Tourismuskonzept des Landkreises vorgestellt. Dabei wurde deutlich, dass der Landkreis als sehr kleine Tourismusregion in Deutschland nur eine Chance hat, sich touristisch zu vermarkten, wenn er dies in seiner Gesamtheit tut.

Da sich der Landkreis für die kommenden Jahre im touristischen Bereich neu aufstellen möchte, wurde 2011 in Zusammenarbeit mit Verantwortlichen aus Gastronomie und touristischen Dienstleistern, Tourismusverbänden und der Politik in Zusammenarbeit mit einem Tourismus- und Freizeitinstitut Inspektour ein Tourismuskonzept für das Nürnberger Land erarbeitet, das den CSU-Kommunalpolitikern von Regionalmanagerin Reinhardt vorgestellt wurde.

Christina Reinhardt begann ihre Ausführungen mit einem Bericht über den Entstehungsprozess des Tourismuskonzeptes. Neben Expertengesprächen fanden eine Online-Dienstleisterbefragung sowie eine Stärken-Schwächen-Analyse statt. Bei der Frage, wie die Frankenalb wahrgenommen wird, wurde deutlich, dass die Stärken in den Bereichen Natur und der regionalen Kulinarik sowie dem Preis-Leistungsverhältnis in der Gastronomie liegen. „Leider wird die Region jedoch bei potentiellen Besuchern noch nicht so wahrgenommen“, so Reinhardt weiter, „Wir müssen deshalb zeitgemäße Öffentlichkeitsarbeit betreiben.“

Zielgruppe

Im gesamtdeutschen Vergleich fällt auf, dass das Nürnberger Land eine sehr kleine touristische Region darstellt. Eine weitere Aufteilung in Kleinregionen sei daher marketingtechnisch nicht ratsam, so die Experten des Tourismusinstituts. Die Analyse des Instituts machte auch deutlich, dass in der Region die Tagesgäste und Kurzurlauber überwiegen. Diese Zielgruppe gilt es, verstärkt anzusprechen.

Ein weiterer laufender Prozess ist derzeit die Namensgebung für die Region. „Für die CSU-Kreisfraktion ist dieser Prozess lange noch nicht abgeschlossen“, so Fraktionsvorsitzender Norbert Dünkel. Man brauche einen Begriff, den die Menschen mit dem gesamten Landkreis verbinden. Dabei ließ er offen, ob die Bezeichnung Nürnberger Land die treffende sei. In jedem Fall stünden inhaltliche Überlegungen vor einer Namensfindung.

In ihren weiteren Ausführungen stellte die Regionalmanagerin die Ziele und Visionen für die Tourismusregion vor. Dabei müssen die zentralen Tourismusstellen gestärkt und auch die Marketingaktivitäten gebündelt werden. Weiter soll eine stärkere und auch zeitgemäße Vermarktung nach außen erfolgen. Weitere Maßnahmen sollen die Schulung von Personal, Verbesserung der Infrastruktur sowie die Zertifizierung von Betrieben sein. „Das Ziel ist es, das Nürnberger Land als Outdoor- und Genussregion in den Köpfen zu verankern. Die vielen Möglichkeiten für

Aktivitäten wie Wandern, Klettern oder Radfahren bieten in Zusammenhang mit dem tollen kulinarischen Angebot die besten Voraussetzungen hierfür“, so Reinhardt abschließend. **DK**

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Christiane Juckenack (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 46 vom 01.01.2011

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

1200 Jahre Steinfeld:

Blick über den Tellerrand

Mit einer Reihe von Festivitäten begeht die Spessart-Gemeinde Steinfeld heuer ihr 1200-jähriges Bestehen. Den Auftakt hierzu bildete ein Kammersabend mit rund 300 Gästen und Urkundenüberreichung. Aufgeteilt in drei Zeitblöcke entführte man die Gäste in die Vergangenheit ihrer Heimat, deren Besiedelung durch die Kelten bereits 400 vor Christus begann.

Als „Steinvelt in Waldsassen-gove“ wurde die Gemeinde erstmals im Jahr 812 urkundlich erwähnt. Der Ortsname lässt darauf schließen, dass der Ort schon früh besiedelt worden ist, denn früher liebten sich die Menschen zuerst an Stellen nieder, die sie leicht bebauen konnten. Die Ortsnamen der Nachbarorte wie Wiesenfeld und Birkenfeld belegen dies.

Kammersabend

Beim Kammersabend widmete sich zunächst Bezirksheimatpfleger Professor Dr. Klaus Reder in seinem Festvortrag dem Alltagsleben in „Steinfeld um 1860“. Seinen Ausführungen lag die Erhebung eines Rothernfelder Arztes vor rund 150 Jahren zugrunde. Landrat Thomas Schiebel sah die 1200-Jahr-Feier als gute Gelegenheit, „den Zusammenhalt in der Gemeinde zu pflegen“. Bürgermeister Matthias Loschert erinnerte daran, dass die Steinfelder trotz mancher Differenzen in Notlagen immer zusammengestanden hätten. „Das hat bis in die Gegenwart Bestand“, freute er sich und blickte „mit Zuversicht in die Zukunft“.

Wohlaufgestellte Gemeinde

Steinfeld sei eine „traditionsreiche und wohlaufgestellte Gemeinde“, meinte der unterfränkische Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer. Lange Zeit sei sie ausschließlich durch die Land- und Forstwirtschaft geprägt gewesen. Im Zuge der „zweiten“ industriellen Revolution und der damit verbundenen Freisetzung von Arbeitskräften in der Land- und Forstwirtschaft stand die Gemeinde vor großen Herausforderungen, um sich diesem strukturellen Wandel anzupassen.

Obwohl alle landwirtschaftlichen Flächen voll bewirtschaftet werden, sowie Handwerks- und Gewerbegebiete angesiedelt werden konnten, die heute

vor Ort ca. 300 Arbeitsplätze sichern, pendle der überwiegende Anteil der Erwerbstätigen heute in die benachbarten Mittel- und Oberzentren, so der Regierungspräsident. Dass die Bürger allen drei Ortsteilen ihrer Gemeinde die Treue halten, belege die Einwohnerentwicklung, die bis jetzt – im Gegensatz zu vielen anderen Gemeinden im ländlichen Raum – keine größeren Rückgänge verzeichnen musste.

In Steinfeld gibt es Beinhofer zufolge eine Vielzahl von Vereinen, die auf fast allen Feldern des gemeindlichen Lebens aktiv sind – von der Feuerwehr über den Sport und die Natur bis hin zur Sparte der Senioren. Hier werden vielfältige soziale und kulturelle Aktivitäten entwickelt, gebündelt und zum Wohle der öffentlichen Gemeinschaft umgesetzt. „Jede Gemeinschaft lebt von Menschen, die mehr als ihre Pflicht tun, und gerade das bürgerliche Engagement trägt entscheidend zur Lebensqualität in einer Gemeinde bei.“

Freundschaft mit Chauvigné

Bei aller Vielseitigkeit der Aktivitäten vor Ort blickt die Gemeinde Steinfeld aber auch über den sprichwörtlichen Tellerrand hinaus und pflegt seit 1980 die Freundschaft mit der französischen Gemeinde Chauvigné in der Bretagne. 1992 wurde die Partnerschaft zwischen den beiden Gemeinden offiziell besiegelt.

In den letzten Jahren wurde laut Beinhofer die Infrastruktur des Ortes verbessert. So wurden beispielsweise die Ortsdurchfahrten in allen drei Ortsteilen ausgebaut und das örtliche Gewerbe gefördert. Mit der Erweiterung des Gewerbegebietes im Ortsteil Hausen und der Ausweisung des Gewerbegebietes „Johannisberg“ in Steinfeld konnten sich Unternehmen neu ansiedeln oder vergrößern und

„Klinik am Greinberg“ schließt Versorgungslücke

Spezialeinrichtung für schwer- und mehrfach behinderte Kinder und Jugendliche mit psychischer Erkrankung in Würzburg feierlich eröffnet

Würzburg. (mm) Mit einem feierlichen Festakt ist die „Klinik am Greinberg“ eröffnet worden. Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel erklärte in seiner Begrüßung, er sei sehr glücklich, „dass wir nun eine Versorgungslücke schließen können – zumindest für Nordbayern“. Die neue Klinik ist eine Spezialeinrichtung für schwer- und mehrfach behinderte Kinder und Jugendliche mit psychischer Erkrankung, für die bislang in Bayern keine entsprechende stationäre Einrichtung zur Verfügung stand. Die Klinik in der Trägerschaft des Bezirk Unterfranken und in Kooperation mit der Uni-Klinik befindet sich auf dem Gelände der Blindenanstalt Würzburg.

Mit einer Spende in Höhe von 100.000 Euro für die Stiftung „Menschensinder, Verein zur Unterstützung psychisch kranker Kinder in Würzburg und Unterfranken“, überraschte das Ehepaar Robert und Margret Krick die Festversammlung. Das Geld solle den jungen Patienten zugutekommen und zu deren Genesung beitragen, erklärte das Ehepaar.

Ende eines langen Weges

„Die Eröffnung dieser Klinik bedeute das Ende eines langen Weges“, sagte der Bezirkstagspräsident in seiner Ansprache weiter. Im Mai 2007 habe der Krankenhausplanungsausschuss für Nordbayern einen Bedarf von 15 Betten festgestellt, und im darauffolgenden Monat habe der Bezirk mit den örtlichen Kostenträgern eine Vor-Vereinbarung über ein künftiges Budget abgeschlossen.

Ostbayern:

Auf dem Weg zu Deutschlands erster Bio-Urlaubsregion

Von Europas einzigem Bio-Hotel mit privater Therme über das erste Bio-Kinder-Resort Deutschlands bis zum Bio-Restaurant mit Spitzen-Küche aus frischen Produkten der Region: wer im Urlaub naturnah, gesund und umweltbewusst genießen möchte, findet in Ostbayern ein einzigartiges Angebot. Im Bayerischen Wald, Europas größtem zusammenhängenden Waldgebiet, setzen immer mehr Hotels auf naturnahe Angebote: ob Lebensmittel vom eigenen Bauernhof, Naturerlebnisse in ursprünglicher Landschaft oder Wellness-Angebote ganz ohne „Chemie“. Bei den Urlaubern kommt das an. 2011 glänzte die Region mit einem Gäste-Plus von sechs Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Mit ursprünglicher Natur, reiner Luft und viel Ruhe ist der Bayerische Wald das ideale Erholungsziel für Menschen, die sich eine Auszeit vom Alltag gönnen und der Natur näher kommen möchten. Das Vier-Sterne-Hotel Ulrichshof in Rimbach (Landkreis Cham), rund eine Autostunde östlich von Regensburg, setzt seit fast 20 Jahren auf „Bio-Urlauber“.

Die Besonderheit: Das Resort hat speziell für Kinder viele umweltbewusste Angebote: Küchenchef Markus Pinapfel lädt Kinder ab sechs Jahren zu Bio-Kochkursen für alle Sinne ein. Bei einer dreitägigen „Esspedition“ stehen unter anderem ein Besuch im hoteleigenen Bio-Kräutergarten und ein Brotback-Kurs auf dem Ferienprogramm. „Wir wollen Kindern spielerisch gesunde Ernährung näherbringen“, sagt der Küchenchef. Ein Erlebnis-Waldspielplatz inmitten des Naturparks und geführte Naturerkundungen gehören ebenfalls zum Angebot.

Für sein besonderes Ambiente hat das renommierte Fachmagazin „Geo Saison“ den Ulrichshof in diesem Jahr bereits zum vierten Mal in Folge als bestes Familienhotel Europas ausgezeichnet. Auch das Bayerische Umweltministerium hat die Herberge für seine umweltbewusste Betriebsführung schon mit dem Umwelt-

sen. Anfang 2008 sei dann im Bau- und Umweltausschuss des Bezirkstags der Grundsatzbeschluss zum Bau dieser Spezialeinrichtung gefallen. „Nach intensiven Verhandlungen mit möglichen Kooperationspartnern und nach Durchführung der notwendigen Genehmigungsverfahren konnten wir am 21. September 2010 den ersten Spatenstich begeben“, erinnerte Dotzel. Am 9. Juni des vergangenen Jahres sei dann das Richtfest gefeiert worden.

Versorgungslücke geschlossen

Der Würzburger Oberbürgermeister Georg Rosenthal dankte dem Bezirk Unterfranken und seinen Vertretern. Er lobte insbesondere die Architektur, die wunderbar in die Landschaft passe. Die neue Klinik am Greinberg ergänze das medizinische Angebot

Würzburgs und schließe eine Lücke in der medizinischen Versorgung, sagte das Stadtoberhaupt.

Johannes Spielmann, der Vorstand der Blindenanstaltsstiftung, sprach von einem „gemeinsamen Traum vieler Würzburger Einrichtungen, Behörden und dem Bezirk“, der nun Wirklichkeit geworden sei. Er freue sich bereits auf die Nachbarschaft, betonte Spielmann. Endlich gäbe es einen adäquaten Ort, an dem schwer- und mehrfach behinderten Kindern und Jugendlichen mit psychischer Erkrankung geholfen werden könne, sagte Spielmann.

Willen zur Inklusion

Direktor Hans Schöbel vom Zentrum für Körperbehinderte zitierte in seinem Grußwort aus dem Korinther-Brief: „Meine Kraft ist in den Schwachen mächtig.“ Schöbel dankte dem Bezirk Unterfranken und insbesondere dessen Präsident Erwin Dotzel für seinen Einsatz. Die Klinik am Greinberg sei „sichtbarer Ausdruck des Willens zur Inklusion“, sagte Schöbel.

In Vertretung von Gesundheitsminister Marcel Huber betonte Ministerialdirigent Dr. Gerhard Knorr, die Behandlung psychischer Erkrankungen sei eine Aufgabe von hoher gesundheitspolitischer Bedeutung. Daher freue er sich sehr über den „Zuwachs in der Krankenhauslandschaft“, sagte Knorr. Auf das neue Versorgungsangebot für Nordbayern müsse man „nun im Süden eine stationäre Antwort finden“. Knorr erinnerte daran, dass der Freistaat für die Klinik am Greinberg 5,8 Millionen Euro bereitgestellt habe. „Die Kliniken können sich auch in Zukunft auf den Freistaat verlassen“, sagte der Ministerialdirigent, der seit 2008 im bayerischen Umwelt- und Gesundheitsministerium die Abteilung Krankenhausversorgung und Gesundheitsschutz leitet.

„Green hospital“

Besonders unterstrich Knorr, dass der Bezirk Unterfranken auch mit Blick auf das Konzept eines „green hospitals“ vorangegangen sei. Die neue Einrichtung setzt zur Energieversorgung einen Mix aus Geothermie, Solaranlagen und einem Blockheizkraftwerk für die Spitzenlastabdeckung ein.

Der verantwortliche Architekt des Gebäudes, Erwin Götz von der GKP-Architekten GmbH, erläuterte die Baumaßnahme. Das Gebäude verfüge über zwei Pflegestationen mit insgesamt 15 vollstationären Betten. Dazu gehöre zudem ein Diagnose-, Therapie-, Arztdienst- und Versorgungsbereich. Insgesamt umfasse die Klinik eine Gesamtnutzfläche von 1.150 Quadratmetern. Wichtig sei ihm von Anfang an die Auswahl von Farben und Material gewesen.

Zum medizinischen Konzept der Klinik sagte Prof. Marcel Romanos, der seit dem 1. April dieses Jahres die Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie an der Universität Würzburg vertritt, die Spezialeinrichtung fasse zusammen, was eigentlich nicht zusammenzufassen sei. Diese Differenzierung erfordere individuelle Therapien. „Die Klinik am Greinberg schafft die Voraussetzung dafür, dass dies gelingt“, betonte Romanos. Die neue Einrichtung des Bezirk Unterfranken bezeichnete er als einen „sicheren Hafen“, wenn alles scheitert. □

GZ Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„Alle mal herhören, bei uns muss jetzt endgültig das Smartphone-Zeitalter einziehen. Wir brauchen dringend eine App für die Verwaltung, eine touristische App und an den Sehenswürdigkeiten müssen QR-Codes endlich weiterführende Infos bieten.“ Mein Chef, der Bürgermeister, wirbelte durchs Büro als hätte ihn eine virtuelle Tarantel gestochen.

Um es kurz zu sagen: Der Flegel, der ihm vor einigen Wochen einen Shitstorm gegen eines seiner Vorhaben angekündigt hat, weckte die digitale Neugier meines Chefs. Und da er ein Mensch ist, der selten halbe Sachen macht, hat er sich kopfüber in die Welt 2.0 gestürzt, sich ein Smartphone und einen Tablet-Computer gekauft und in kürzester möglicher Zeit unsere nette Büroroutine mit seinen Wünschen zur mobilen Kommunikation durcheinander gewirbelt. Seither liest, schreibt und bearbeitet er

Digitale Neugier statt Büroroutine

zu allen möglichen Tag- und Nachtzeiten E-Mails, schickt uns interessante Links, die wir auf Nutzbarkeit für die Stadtverwaltung bewerten sollen und sorgt dafür, dass wir auch dann nicht zum Verschrauben kommen, wenn er aus dem Haus ist.

Natürlich hat er sich auch tief in die Welt der Apps versenkt. Das sind ja bekanntlich nützliche Dienstprogramme, die es mittlerweile für alle konkurrierenden Smartphone- und Tablet-Systeme gibt und die der eigentliche Clou der ganzen Chose sind. Mit diesen kleinen Helferlein kann man z.B. Zeitungen oder Zeitschriften für das Telefon lesbar machen, Eisenbahn- oder Nahverkehrsfahrpläne studieren, Flugtickets buchen, Bücher in elektronischer Form herunterladen und lesen und natürlich spielen, spielen, spielen.

Der Boss spielt zwar nicht so gerne, deshalb hat er viel anderes Nützliches auf seinem Smartphone. Eine App übersetzt gängige Wörter in was weiß ich wie viele Sprachen, eine rechnet alle möglichen Maße, Gewichte, Längeneinheiten und Währungen um, eine andere zeigt an, wie die Berge und Erhebungen in der Umge-

bung heißen und meine Lieblings-App gibt tolle Infos über König Ludwig II, sobald man die Handy-Kamera auf ein historisches Bauwerk, ein Denkmal oder einen Ort richtet, die mit Bayerns sagenumwobenen Monarchen in Verbindung stehen.

Was schwebt wohl dem Bürgermeister für die Stadt vor? Eine App, die die Öffnungszeiten der Behörden und Einrichtungen anzeigt? Vielleicht könnte man sich dann informieren, wie viele Besucher gerade im Einwohnermeldeamt auf eine persönliche Vorsprache warten oder welche Temperaturen die Badeseen haben. Ob das Buch „Die digitale Revolution“ in der Stadtbibliothek zur Verfügung steht bzw. ausgeliehen ist. Man wird ganz schwindlig bei dem Gedanken, was alles möglich erscheint. Wo stehen Leihfahräder zur Verfügung? Wo kann man Carsharing-Autos abholen? Alles schon Realität.

Aber was meint der Chef mit den QR-Codes? Das sind doch diese quadratischen Fleckchen auf Werbepostern oder Produkten, die aussehen, als wollte man den Betrachter seekrank machen, obwohl sich handfeste Infos dahinter verbergen, wenn man sie mit Hilfe eines QR-Scanners einliest. Erst kürzlich habe ich gehört, dass damit fränkische Winzer Infos zu ihren Weinen auf die Etiketten bringen – ganz auf der Höhe der Zeit. Aber was soll das mit den Gebäuden der Stadt?

Mein Chef, der Bürgermeister, entwickelt mir seinen Plan: Mit Hilfe von QR-Codes auf den Infotafeln vor den historischen Gebäuden der Stadt könnte sich ein Besucher gleich selbst seine Stadtführung zusammenstellen, etwa wie mit einem virtuellen Audioguide, nur dass diese Tour auch optische Infos, kleine Filme oder Bilder zu den Örtlichkeiten integriert hat. Genial – ich bin nur gespannt, wie lange es braucht, die Pläne zu verwirklichen. Und vor allem was das kosten mag! Aber zum Ansporn schicke ich ihm einen Kalenderspruch von Oscar Wilde aufs Handy: „Fortschritt ist die Verwirklichung von Ideen.“

The Sabriul

Landkreis Rosenheim:

Leben mit Handicap

Neue Projekte für Menschen mit Behinderung

Bei ihrem gemeinsamen Treffen mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern beschäftigten sich die Behindertenbeauftragten der Gemeinden des Landkreises Rosenheim u. a. mit den Themen Arbeitsplätze am ersten Arbeitsmarkt und eine in Bayern bisher einmalige Wohnanlage. Wie stellvertretender Landrat Dieter Kannengeißer in seiner Begrüßung hervorhob, sorge die Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung für neuerliche Impulse.

Teilhaber behinderter Menschen ist ein Menschenrecht, kein Akt der Fürsorge oder Gnade. Die Konvention stellt dies klar und konkretisiert damit grundlegende Menschenrechte für die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen. Sie erfasst Lebensbereiche wie Barrierefreiheit, persönliche Mobilität, Gesundheit, Bildung, Beschäftigung, Rehabilitation, Teilhabe am politischen Leben, Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung. Grundlegend für die Konvention und die von ihr erfassten Lebensbereiche ist der Gedanke der Inklusion: Menschen mit Behinderung gehören von Anfang an mitten in die Gesellschaft.

Barrierefreier Tourismus

So werden barrierefreie Angebote in Stadt und Landkreis Rosenheim künftig in einer vom Tourismusverband Chiemsee-Alpenland geplanten Broschüre zusammengefasst. Rechtzeitig zu Saisonbeginn soll die Publikation fertig gestellt sein. In einem zweiten Schritt sollen alle Informationen zum barrierefreien Tourismus auch online dargestellt werden.

Die Caritas Wendelsteinwerk-

stätten wiederum weisen einen Weg, Menschen mit Behinderung in Betrieben am ersten Arbeitsmarkt unterzubringen. Gedacht sind Unternehmen, die bereit sind, Tätigkeiten anzubieten, die bisher im täglichen Arbeitsablauf nicht vorgesehen sind. Ein interessierter Bewerber kann sich dann in einem sechswöchigen Praktikum auf diesem Nischenarbeitsplatz beweisen. Danach wird entschieden, ob es zu einer dauerhaften Kooperation zwischen dem Unternehmen und den Wendelsteinwerkstätten kommt. Denn der Arbeitnehmer mit Behinderung bleibt weiterhin Mitarbeiter der Wendelsteinwerkstätten.

Vorbehalte abbauen

Wie Sozialarbeiter Johann Irlbeck erläuterte, könne eine erfolgreiche Integration meist an zwei Faktoren festgemacht werden. Zum einen gelte es, die Berührungspunkte der nicht behinderten Arbeitnehmer zu überwinden, zum anderen, arbeitsrechtliche Vorbehalte abzubauen.

Auch Hans-Peter Schwarzfischer, Personalverantwortlicher eines Online-Warenhauses aus Großkarolinenfeld, vertrat die

Auffassung, das soziale Gefüge im Betrieb müsse passen. Die Zusammenarbeit mit der Caritas bezeichnete er als sehr einfach und ohne bürokratischen Aufwand. Sozialarbeiter Irlbeck forderte die Behindertenbeauftragten auf, Firmen in den Gemeinden anzusprechen, die Nischenarbeitsplätze anbieten könnten.

Wohnheim in Prien

Ein in Bayern bisher einmaliges Projekt wird derzeit in Prien verwirklicht. Mitten im Ort entsteht dank des Vereins „Leben mit Handicap“ ein Wohnheim für 30 behinderte, zumeist junge Erwachsene, die dort ab September ein weitgehend selbstbestimmtes Leben führen können. Jetzt war Richtfest für das ehrgeizige 4,5-Millionen-Euro-Projekt.

Integration der Bewohner

Ein Drittel des Geldes brachten die Eltern der zukünftigen Bewohner ein. Die darüber hinaus notwendigen Darlehen werden über die Monatsmiete finanziert, die sich am sozialen Wohnungsbau orientiert.

Die 30 Bewohner sollen in Prien selbstbestimmt und eigenverantwortlich leben können. Von dort aus werden sie Busse zur Arbeit in Behindertenwerkstätten bringen. Ein zentrales Anliegen aller Beteiligten ist zudem die Integration der Bewohner in den Ort. **DK**

Damit Kinder glücklich groß werden

Familienbildung: Neues Internetangebot für die Region Würzburg freigeschaltet

Einfach in die Fußstapfen der eigenen Eltern zu treten, hilft Müttern und Vätern heute nicht. Zu sehr haben sich die gesellschaftlichen Bedingungen verändert. „Erziehung ist ein ‚unsicheres Geschäft‘ geworden“, kommentiert Klaus Rostek vom Jugendamt des Würzburger Landkreises. Deshalb werden Bildungsangebote für Familien immer stärker nachgefragt. Die Internet-Plattform „Familienbildung Würzburg“ verschafft bildungswilligen Familien aus der Region seit gestern einen Überblick über alle regionalen Kursangebote.

Kinder aufwachsen zu sehen und mit ihnen die Welt zu entdecken, kann ein großartiges Erlebnis sein. Doch Kinder können ihre Eltern auch rasch an den Rand der Verzweiflung bringen. Vor allem in der Trotzphase oder in der Pubertät.

Die Kinder erreichen

„Wie man spricht, dass Kinder und Jugendliche hören“, lautet ein Familienbildungsangebot des Würzburger Matthias-Ehrenfried-Hauses, das Eltern aus der Region Methoden vermittelt, wie sie ihre Kinder erreichen können. Das Matthias-Ehrenfried-Haus ist einer von vielen Anbietern von Familienbildung in der Region Würzburg. Wer außerdem Kurse und Vorträge veranstaltet, das verrät die neue Homepage unter einem eigenen Menüpunkt.

Medienkonsum

Kein Honigschlecken ist Erziehung nicht zuletzt durch Neue Medien geworden. Wie viel Medienkonsum ist noch gut? Welche Spiele sollten tabu sein? Bildungsanbieter haben auch hier Antworten parat – zum Beispiel die Würzburger Volkshochschule, die am 2. Mai einen Vortrag zum Thema „Medienbalance“ organi-

siert. „Solche Bildungsangebote haben präventiven Charakter“, erläutert Klaus Rostek. Sie sollen verhindern, dass die Entwicklung eines Kindes oder Jugendlichen in die falsche Richtung läuft: „Und die Jugendhilfe dann als Reparaturbetrieb erhalten muss.“ Prävention sei bei Eltern „in“, weil diese wüssten, dass Kinder lebenslang unter dem Leiden können, was in ihrer Kindheit schief lief.

Fotoausstellung

Um einem Karriereknick zu entgehen, entscheiden sich nach wie vor nur wenige Väter für eine intensive Übernahme von Erziehungsaufgaben. Wie viel Freude Vatersein jedoch machen kann, zeigt eine Fotoausstellung im Matthias-Ehrenfried-Haus ab dem 18. Mai. Welche weiteren Veranstaltungen bis Jahresende geplant sind, ist dem Internet-Wegweiser unter www.familienbildung-wuerzburg.de zu entnehmen. „Die Plattform ermöglicht erstmals eine langfristige Planung“, betont Christiane Matzewitzki vom Jugendamt der Stadt Würzburg, die das Internet-Angebot zusammen mit Klaus Rostek und Elisabeth Amrhein vom Familienbund der Katholiken in der Diözese entwickelte. **Pat Christ**



Innenminister Joachim Herrmann (l.) verabschiedete den langjährigen Ansbacher Landrat Rudolf Schwemmbauer (Bildmitte). Rechts sein Nachfolger Dr. Jürgen Ludwig.

Ansbach:

Landrat Schwemmbauer verabschiedet

Nach zehn Jahren im Amt wurde Landrat Rudolf Schwemmbauer im Kreis von rund 400 geladenen Gästen in Rothenburg in den Ruhestand verabschiedet. Innenminister Joachim Herrmann würdigte die großen kommunalpolitischen und menschlichen Verdienste des Landrats und zeichnete ihn als Anerkennung seiner besonderen Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung mit der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber aus.

Zudem wurde Schwemmbauer vom stellvertretenden Landrat Kurt Unger im Namen des Landkreises Ansbach für seine herausragende Arbeit der Ehrenring verliehen.

Auch der Präsident des Bayerischen Landkreistages, Dr. Jakob Kreidl, der weitere Stellvertreter des Landrats, Heinz Henninger, sowie der Vorsitzende des Bayerischen Gemeindetages, Franz Winter, dankten dem Landrat für die gute Zusammenarbeit. Den engen Bezug zur Kirche würdigte Regionalbischof Christian Schmidt, der für den Kirchenkreis Ansbach-Würzburg zuständig ist.

Landrat Schwemmbauer dankte abschließend den Mitarbeitern des Landratsamtes für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit sowie insbesondere seiner Frau Erika und seiner ganzen Familie für deren Rückhalt und Unterstützung in 34 Jahren kommunalpolitischer Arbeit. Seinem Nachfolger, Dr. Jürgen Ludwig, wünschte er Gesundheit, Erfolg und Gottes Segen als Wegbegleiter.

Die Veranstaltung, die von der Abteilungsleiterin Karin Christ moderiert wurde, fand im Wildbadsaal in Rothenburg statt. Für die musikalische Umrahmung sorgten der Bürgermeisterchor sowie musikalische Überraschungsauftritte seiner Tochter Claudia Schauer mit deren Gesangsensemble „vocalis ipseheim“ sowie von Schülern des Schulsportzentrums Binzwangen unter der Leitung von Inge Mohr.

Bodenhaftung bewahrt

Bereits einige Tage zuvor hatte Ministerpräsident Horst Seehofer anlässlich seines Besuchs in Merkendorf (Kreis Ansbach) dem langjährigen Landrat für seine zehnjährige Arbeit gedankt und ihm den „Bayerischen Löwen“ überreicht. Er würdigte dabei die stets besonnene Art des CSU-Kommunalpolitikers, der als praktizierender Landwirt niemals die Bodenhaftung verloren habe. Schwemmbauer war zuvor viele Jahre Mitglied des Bezirkstags Mittelfranken.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Beilage der LfA Förderbank Bayern bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

CSU-Arbeitskreis Große Städte in Bayern:

Von Inklusion bis Spielhallen

25 Stadträtinnen, Stadträte und Fraktionsvorsitzende der CSU aus zehn bayerischen Städten waren nach Regensburg gekommen, um anlässlich der alljährlichen Frühjahrstagung aktuelle Themen, die die CSU-Stadtratsfraktionen vor allem in den großen Städten beschäftigen, zu erörtern.

In den Räumlichkeiten der Industrie- und Handelskammer Regensburg trafen sie mit dem Hauptgeschäftsführer der IHK, Dr. Jürgen Helmes, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger und dem CSU-Fraktionsvorsitzenden Christian Schlegl zum Gedankenaustausch zusammen.

Schaidinger betonte, dass es von großer Wichtigkeit für die CSU sei, sich städtischer Themen anzunehmen. Die Stadt sei Ort der Zukunft. „Hier entstehen neue Strukturen, hier werden zukünftige Themen, Generations- und Strukturwandel sichtbar. Städtisches Leben ist wie ein Seismograph“, so Schaidinger.

Auch Schlegl unterstrich die Bedeutung der Städte sowohl für die Zukunft der Entwicklung allgemein als auch für politische Impulse und Veränderungen. „Wenn sich etwas verändert in unserer Gesellschaft, so zeigt sich das zuerst in den Städten. Daher ist auch dieser Städte-Arbeitskreis der CSU-Fraktionen so wichtig“, zeigte sich Regensburgs CSU-Fraktionschef überzeugt.

Themen der Tagung waren unter anderem: Inklusion, Entwicklung von Ganztagschulen, städtischer Wohnungsbau, die bayerische Ehrenamtskarte, Umgang mit Spielhallen und das Sicherheitskonzept für die Regensburger Altstadt. Vor allem um das Problem der zunehmenden Anzahl von Spielhallen in bayerischen Städten will sich der Arbeitskreis verstärkt kümmern und diesbezüglich auch mit der Bundespolitik in Kontakt treten.

Der „CSU-Arbeitskreis Große Städte in Bayern“ wurde vor über 30 Jahren in Erlangen gegründet und dient dem Erfahrungsaustausch. Geleitet wurde er unter anderem vom derzeitigen Innenminister Joachim Herrmann. Derzeit hat der Regensburger Stadtrat Rudolf Eberwein die Leitung inne, die Stellvertretung übernahm Peter Neller aus Bamberg; Geschäftsführerin bleibt weiterhin Silvia Gross, Regensburg. □

Anatomiegarten an erster Stelle

In der kleinen Broschüre „Bayerisches Gartennetzwerk – Kleinode und Refugien in Bayern“, die „Bayern Tourismus“ herausgegeben hat, steht an prominenter erster Stelle der zauberhaften Gärten in Bayern der Garten der Alten Anatomie in Ingolstadt. Die „Oase inmitten der Altstadt... am gleichen Platz wie der einstige botanische Garten der Universität“ harmoniert, heißt es in der Publikation, „wunderbar mit der barocken, im Stil einer Orangerie gehaltenen Gartenfassade des Gebäudes. Rund 150 Arzneipflanzen sind nach ihren Wirkstoffen geordnet...“

Unter die 20 Gartenjuwelen, die in der Broschüre beschrieben sind, hat Staatssekretärin Katja Hessel den Anatomiegarten eingereiht. Mit der mit der neuen Broschüre wird er weiterhin interessierendem Publikum zum Besuch empfohlen. □

Vorschau auf GZ 11

In unserer Ausgabe Nr. 11, die am 24. Mai 2012 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen
- Finanzierungsmodelle für öffentliche Aufgaben
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Technische Ausstattung öffentlicher Gebäude

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.stadtmoebel.de

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111
www.stadtmoebel.de

Parkbänke

Zinder
PARKBÄNKE
Zum Moos 1a
87772 Pfaffenhausen
Telefon 08265/7332695
parkbank@max-zinder.de
www.max-zinder.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326 / 502-0

Wartehallen
39685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH
COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
info@fahnen-koch.de
www.fahnen-koch.de

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH
COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
info@fahnen-koch.de
www.fahnen-koch.de

Fahradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kommunale Energieberatung

KlimaKom Green City Energy

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!
Tel. 089/89066890 • www.klima-kommune.de
Petek.Keller@greencity-energy.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)82218
Telefon: (02773)82256 · www.hailo-professional.de

Sportgeräte

BENZ SPORT
ORIGINAL

www.benz-sport.de
Tel. 07195 / 49 05 - 0 | Fax 07195 / 49 05 - 77 | info@benz-sport.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 8171) 93 07-13

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de